

KoFwA 130

Zeitschrift für
Feminismus
und Arbeit
März/April 2009
27. Jg.
ISSN 0949-0000
ISSN 1862-5568

Frauenarmut Daten, Fakten, Relationen

- Zwangsemanzipation: Frauenarmut trotz Frauenarbeit
 - Herr Koma kommt.
- Der Frauenmord von Winnenden (Luise F. Pusch)
- Ann Dunham – Barack Obamas Mutter (Luise F. Pusch)
 - Unterschriftenkampagne gegen Steinigung
 - Freiheit für Zeynep Celaliyan
- Feministische Anmerkungen zur Finanzkrise
- Alice Schwarzer: Der Amokläufer von Winnenden
 - Konservative sind größte Pornokonsumenten
 - Selbsthilfeplattform für Rechtsprobleme
- SPD kündigt Frauenquote für Aufsichtsräte an
 - Carla del Ponte: Im Namen der Anklage
 - Strafanzeige ja oder nein
 - Frauenkulturarbeit

Inhalt:

Schwerpunkt: Frauenarmut: Daten, Fakten, Relationen **3**

Zwangsemanzipation: Frauenarmut trotz Frauenarbeit (Anne Alex, Berlin), 3
Frauenarmut (Michaela Moser, Wien), 9

Glossen von Luise F. Pusch **16**

Herr Koma kommt. Der Frauenmord von Winnenden, 16
Ann Dunham – Barack Obamas Mutter, 17

Resolutionen/Aktionen/Netzwerke **18**

Giftige Blumen zum Valentinstag, FIAN beklagt Pestizidmissbrauch in der Blumenproduktion, 18
Unterschriftenkampagne gegen Steinigung, 18
Einladung zur Verschrottungsaktion für zerstörerische Wirtschaftsdogmen, 19
Verfassungsschutz sucht unter Hartz IV-BezieherInnen „Observationskräfte“, 19,
Freiheit für Zeynep Celaliyan - Internationaler Aufruf für die Abschaffung der Todesstrafe im Iran 20,

Themen **21**

Alice Schwarzer: Der Amokläufer von Winnenden, 21,
Uta von Winterfeld: Sorglos. Feministische Anmerkungen zur Finanzkrise, 22

Nachrichten **24**

Konservative sind größte Pornokonsumenten, 24,
Selbsthilfeplattform für Rechtsprobleme, 25,
Dokumentation Lesben und Alter, 26,
Studie Gewalt gegen Frauen bietet neue Erkenntnisse, 26,
SPD kündigt Frauenquote für Aufsichtsräte an, 27

Literatur **28**

Carla del Ponte: Im Namen der Anklage

Termine **29**

Frauenkulturarbeit, Leipzig,
35. Feministischer Juristinnentag, Berlin,
Strafanzeige ja oder nein, Hannover

Impressum:

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V.,
Baaderstr. 30, 80469 München, Tel: 089/20 10 450, www.kofra.de,
kofra-muenchen@t-online.de

Jahresabonnement: 6 Ausgaben in ca. 2-monatiger Folge zum Preis von € 18.60 plus Porto,
Einzelheft: € 3.20, Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto: 7805500, BLZ
70020500

Frauenarmut: Daten, Fakten, Relationen

Zwangsemanzipation: Frauenarmut trotz Frauenarbeit³

Von Anne Alex⁴

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland wuchs von rund 34 Mio. zu Beginn der 1990er Jahre auf 38,5 Mio.⁵ in 2006 und auf mehr als 40 Mio.⁶ im Jahr 2008 an. Der Anteil von Frauen an den Erwerbstätigen war 2006 mit mehr als 47 Prozent noch nie so hoch. 2007 wuchs er weiter um 29.000 Frauen an.⁷ Insgesamt sind knapp 62 Prozent der Frauen erwerbstätig, aber 74 Prozent der Männer.⁸

Trotz des relativ und absolut gestiegenen Anteils an der erwerbstätigen Bevölkerung ist das Leben von Frauen unsicherer, ihr Einkommen unstetiger und eine dauerhafte soziale Absicherung fast unerreichbar geworden. Sowohl die einstige Zuverdienerin

im Westen als auch die ehemalige DDR-Vollzeitarbeiterin sind inzwischen zwar

gleichmaßen gut qualifiziert, sie werden aber immer mehr zu ungeschützten Lohnarbeiterinnen.

Gründe für weibliche Armut⁹

im 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung:

- Trennung und Alleinerziehend
- Defizite im Angebot an Kinderbetreuungsplätzen
- geringfügige Beschäftigung und Teilzeitarbeit
- keine Erwerbstätigkeit wegen Betreuungsbedarf von Kindern und/ oder Angehörigen
- häusliche Gewalt – Frauenhausaufenthalt
- Migrationshintergrund, Behinderung, besondere soziale Schwierigkeiten

³ Vortrag, gehalten auf der Podiumsdiskussion zu Frauenarmut im Kofra am 17.11.08

⁴ Anne Alex, Diplomökonomin aus Berlin, (Jg. 1958), ist freiberufliche Wegeweiserin in sozialpolitischen Landschaften. Sie schult Erwerbslose in den Sozialgesetzen, publiziert zu sozialpolitischen Entwicklungen in Fachzeitschriften und Büchern und organisiert Veranstaltungsreihen. Sie ist aktiv am bundesweiten Runden Tisch gegen Erwerbslosigkeit und soziale Ausgrenzung, betreibt Informationsmanagement zwischen Erwerbslosenverbänden, -organisationen und -gruppen und regt politische Aktionen gegen Hartz IV bundesweit und in Berlin an, z.B. Kampagne gegen Zwangsumzüge, Wohnrechtskampagne.

⁵ Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BfA), Monatsbericht April 2006. Aus Gründen der besseren Vergleichbarkeit wird hier und im Folgenden auf diesen Monatsbericht zurück gegriffen.

⁶ Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland steigt erstmals über 40 Millionen, 02.10.2007, unter: <http://www.shortnews.de/start>.

⁷ Garloff, Alfred: „Frauen haben die Situation im Alter zu wenig im Blick“, in: Junge Welt, 25.07.2008, S. 8.

⁸ Ebenda.

Von den berufstätigen Frauen wiederum sind nur knapp zwei Drittel vollzeitbeschäftigt. Von denen, die 2007 wieder in Arbeit kamen, haben nur 11.000 eine sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung aufgenommen und die Zahl Erwerbstätiger hat sich vor allem durch Minijobs vermehrt¹⁰ (2006 waren es 6,1 Mio, 2008 schon 7,1 Mio.)¹¹. Diese werden immer

⁹ Quelle: Brigitte Sellach 2008

¹⁰ Eine geringfügige Beschäftigung (sog. Mini-job) liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig 400 Euro im Monat nicht überschreitet. Für eine geringfügige Beschäftigung zahlt der Arbeitgeber eine pauschale Abgabe von 30 Prozent (bis 30. Juni 2006 25 Prozent). Davon entfallen auf die Rentenversicherung 15 Prozent (bis 30. Juni 2006 zwölf Prozent), auf die Krankenversicherung 13 Prozent (bis 30. Juni 2006 elf Prozent) und auf die Pauschsteuer zwei Prozent.

¹¹ Minijobs kosteten den Staat 2007 ca. vier Milliarden Euro, 27.01.2008, unter: <http://www.shortnews.de/start>.

noch zu mehr als zwei Dritteln von Frauen ausgeübt.¹²

Weibliche Armut¹³:

- Anteil Niedriglöhne am realen Bruttoeinkommen (2005):
Frauen 47,7% Männer 24,8%
- Anteil Langzeiterwerbslose (2006)
Frauen 43,5% Männer 40,1%
- Personen ohne Ausbildungsabschluss (2006)
Frauen 18,6% Männer 14,0%

Reguläre Vollzeit-Arbeitsplätze mit angemessener Bezahlung wurden massenhaft abgebaut; voll sozialversichert sind nur noch 25,84 Mio. Beschäftigungsverhältnisse¹⁴. 2008 werden zwar 27,68 Mio¹⁵ gezählt, inbegriffen sind jedoch mehr befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeit- und Zeitarbeit (750.000 ZeitarbeiterInnen/ JW 2008)¹⁶. Zwischen 1991 und 2004 verringerte sich die Anzahl der vollzeitbeschäftigten Frauen um 1,6 Mio.; von 2007 zu 2008 noch einmal um weitere 2000 Frauen.¹⁷

Neben dem Normalarbeitsverhältnis, d.h. sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten mit angemessener bzw. tariflicher Bezahlung existieren inzwischen weit mehr 12,6 Mio. prekäre Beschäftigungsverhältnisse: Mini- und Midijobs, Selbstständigkeit, befristete und Teilzeitjobs, Ein-Euro-Jobs und Arbeitsfördermaßnahmen. Zu diesen Formen im Folgenden einige Zahlen:

Von 4,3 Mio./ 4,48 Mio. (10/2008 BA) Selbstständigen sind ein Drittel Frauen.¹⁸ Die Quote selbständiger Frauen an den Erwerbstätigen lag 2004 bei 7,9 Prozent, die

der Männer bei 14,1 Prozent¹⁹, wobei der Frauenanteil seitdem aufgrund der Einführung von Ich-AGen und Existenzgründungen gestiegen sein dürfte, statistisch allerdings (noch) nicht erfasst ist.

Fast sieben Mio. Menschen arbeiten Teilzeit.²⁰ Die Anzahl teilzeitbeschäftigter Frauen wuchs zwischen 1991 und 2004 um insgesamt 1,8 Mio. an.²¹ Allerdings haben sich 94 Prozent aller Arbeit suchenden Frauen von vorn herein nur auf eine Vollzeitstelle beworben.²²

In insgesamt 6,8 Mio./ 7,1 Mio. 10/2008 Minijobs waren im April 2006 zu drei Vierteln Frauen tätig. 4,86 Mio. Menschen lebten ausschließlich von ihrer geringfügigen Beschäftigung²³, weitere 1,7 Mio. übten ihren Minijob als Nebentätigkeit aus.²⁴

Der Großteil ungesicherter, geringfügiger oder Teilzeitjobs wird von Frauen ausgeübt.²⁵

Zur sog. »stillen Reserve«, d.h. den erwerbsfähigen Menschen ohne Arbeit und eigenes Einkommen, die von ihren PartnerInnen unterhalten werden, zählten 2004 rund 1,6 Mio. Menschen, davon 837000 Frauen.²⁶ Ihre Anzahl dürfte sich 2005 erhöht haben, und der Anteil der Frauen dürfte weiter zugenommen haben, denn etwa zwei Drittel der 180000 ALG II-Ablehnungsbescheide sollen lt. Angaben der Berater in Arbeitslosenzentren auf Frauen entfallen sein.

¹² »Arbeitsmarkt: Strukturwandel und Reformen erhöhen Frauenerwerbstätigkeit«, in: FAZ, 20. Januar 2005

¹³ Ebd.

¹⁴ BfA, Monatsbericht April 2006

¹⁵ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Oktober 2008. unter: www.bundesagentur fuer arbeit.de

¹⁶ Junge Welt 2008

¹⁷ Garloff, Alfred: »Frauen haben die Situation im Alter zu wenig im Blick«, in: Junge Welt, 25.07.2008, S. 8.

¹⁸ »Arbeitsmarkt: Strukturwandel und Reformen...«, a.a.O.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Berliner Zeitung, 14./15. Juni 2003

²¹ Wera Richter: »Tatort Arbeitsmarkt«, in: Junge Welt, 19. April 2006.

²² Garloff, Alfred: »Frauen haben die Situation im Alter zu wenig im Blick«, in: Junge Welt, 25.07.2008, S.

²³ BfA, Monatsbericht April 2006

²⁴ Peter Bartelheimer: »Was kommt wann – Das Mengengerüst der Wirkungsforschung«, Forschungsprojekt »Monitor Arbeitsmarktpolitik«, Foliensatz und Material, vorgestellt auf der Beiratssitzung am 16. Februar 2006, S. 12

²⁵ »Gleiche Chancen für Frauen«, Antrag an die Landeskongress des AsF Bayern 2002, S.1/2.

²⁶ Elke Holst/Jürgen Schupp: »Stille Reserve ist wichtig für die Arbeitsmarktflexibilität in Deutschland«, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 29/30, in: www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/

- Soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern²⁷:
- geringere Einkommen (2006: -24%)
- benachteiligende Strukturen des Arbeitsmarktes
- mehr Teilzeitbeschäftigung und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse
- gesellschaftliche Verpflichtung für Familienarbeit
- weniger Teilhabe an wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gestaltung
- Frauen sind unter den erwerbslos gemeldeten Personen deutlich überrepräsentiert.
- Frauen wandern wegen Familienpflichten häufiger in die Nicht-Erwerbstätigkeit.
- Frauen scheiden daher häufiger aus dem Leistungsbezug aus.
- Frauen verlieren damit auch die "bescheidenen" Chancen der beruflichen Förderung

In der Statistik ist wenig zu finden zur Entwicklung des Gesamtarbeitszeitvolumens bzw. zur Anzahl der Beschäftigten je Erwerbstätigem. Obwohl der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen nur knapp unter 50 Prozent liegt, liegen ihre Erwerbsarbeitszeiten und -Einkommen nach wie vor unter denen von Männern: Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit bei Männern liegt bei 40,2 Stunden, bei Frauen bei 30,8 Stunden.²⁸ Im Jahr 2004 erhielten 48 Prozent der vollzeitbeschäftigten Frauen Bruttoeinkommen bis zu 2000 Euro; bei den Männern waren es 29 Prozent.²⁹

Unterm Strich hat sich also hinsichtlich der Teilhabe am Erwerbsleben und der Bezahlung wenig geändert: Frauen verdienen zwar mittlerweile mehrheitlich selbst Geld, doch dies reicht oft immer weniger zu einem selbstständigen Leben, während zugleich die materielle Unterstützung durch ihre Partner im Schwinden begriffen ist. Letzteres ist auch eine Folge der Änderungen in den Sozialversicherungen.

²⁷ Quelle: Brigitte Sellach 2008

²⁸ Wera Richter, a.a.O.

²⁹ Tatjana Fuchs: »Prekäre Arbeit auf dem Vormarsch«, PDF-Dokument, www.isw-muenchen.de, Hrsg.: ISW (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.) 2005

Insgesamt 4,7 Mio./ 3,1 Mio. 06/2008 BA Menschen erhalten Leistungen der Bundesagentur für Arbeit, darunter 46,7 Prozent Frauen und 53,6 Prozent Männer. 38 Prozent (absolut: 1669000/ 860.000 06/2008 BA) aller LeistungsempfängerInnen der BA fallen unter das SGB III (Arbeitsförderungsrecht, regelt u.a. das ALG I) und 62 Prozent (absolut: 5202000/ 2,18 Mio. 06/2008 BA) unter das SGB II (sog. Hartz IV-Gesetz, regelt u.a. das ALG II).³⁰ Allerdings sind viele LeistungsempfängerInnen in diesen Zahlen überhaupt nicht mehr abgebildet. Beim Arbeitslosengeld I bekommen im Durchschnitt in Hessen die Frauen derzeit 298 Euro weniger Arbeitslosengeld I als Männer.³¹

Neben den LeistungsbezieherInnen im engeren Sinne befinden sich zirka 400 000 Erwerbslose in einer Vielzahl von Arbeitsfördermaßnahmen: Bundesweit gibt es 7800 ABM/ 46.300 ABM 10/2008 BA (je nach Arbeitszeit und entsprechender Bezahlung hätten viele von ihnen Anspruch auf aufstockendes Arbeitslosengeld II), 342000 ExistenzgründerInnen, darunter 238000 in einer Ich-AG (2008 sind es nur noch 163.800 [10/2008 BA]), 6600 Beschäftigte in SAM³², 24900 Menschen in Trainingsmaßnahmen, 28000 Personen mit Einstellungszuschuss und 17500 mit Einstiegsgehalt nach § 29 SGB II.³³ (Insgesamt ist 2008 im Vergleich zu 2007 die Anzahl der Arbeitsfördermaßnahmen im Rahmen des SGB III zurückgegangen)

Seit dem 1. Februar 2006 haben sich die Möglichkeiten zum Bezug von Arbeitslosengeld I verschlechtert, insbesondere für Saisonkräfte, Kultur-, Kunst-, Medien- und andere unstetig oder befristet Beschäftigte. Aufgrund ihrer unstetigen Beschäftigung wird es diesem Personenkreis künftig kaum gelingen, innerhalb der zweijährigen Rahmenfrist Ansprüche auf ALG I zu erwerben. Der Gesetzgeber bietet zwar für einen eingeschränkten Kreis von Selbstständigen eine freiwillige Arbeitslosenversicherung an, doch Anspruch darauf hat nur, wer vor Beginn der Selbstständigkeit innerhalb der genannten Zweijahresfrist zwölf Monate

³⁰ BfA, Monatsbericht April 2006

³¹ Garloff, Alfred: Frauen haben die Situation im Alter zu wenig im Blick

³² Strukturanpassungsmaßnahmen

³³ BfA, Monatsbericht April 2006

sozialversicherungspflichtig beschäftigt war.

Frauen im Hartz IV-Leistungsbezug

2,97 Mio. erwerbsfähige Hilfebedürftige sind im SGB II eingeordnet, darunter 1,33 Mio. Frauen. Hartz IV produziert, zunächst ganz unabhängig vom Geschlecht, Armut: ALG II-EmpfängerInnen liegen mit 345 Euro Regelleistung und bundesdurchschnittlich zwischen 310 und 320 Euro Kosten der Unterkunft und Heizung unter der Pfändungsfreigrenze (938 Euro). Bei einer relativen Armutsgrenze von 60 Prozent des mittleren Einkommens (auf Basis des sog. Nettoäquivalenzeinkommens von zirka 1440 Euro entspricht dies 864 Euro) müssen etwa 65 Prozent der Hartz IV-Empfänger als arm gelten.³⁴

Doch Hartz IV schafft nicht nur Armut, sondern auch neue bzw. alte Abhängigkeit: So kam es nach Inkrafttreten des Hartz IV-Gesetzes Anfang 2005 zu einem Heiratsboom, um die PartnerIn zu retten und den Fallstricken der sog. Bedarfsgemeinschaften zu entgehen. Zusammenwohnende, die weder eine Ehe eingehen noch eine Bedarfsgemeinschaft bilden wollen oder können, müssen sich bei einem ablehnenden ALG II-Bescheid entweder arrangieren oder gegen den SGB II-Träger klagen.

Mit der Familienversicherung im Rahmen des ALG II-Bezugs werden die Abhängigkeitsverhältnisse der Ehe nach Art der »orientalischen Hochzeit« erledigt: Die Jobcenter können festlegen, dass diejenigen, die eine geringere Aussicht auf Erwerbseinkommen haben, familienversichert werden. Das sind meist Frauen.

Durch das Hartz IV-Optimierungsgesetz und die damit verbundene Umkehrung der Beweislast haben diese Formen von Zwangsgemeinschaft bei Einkommensarmen noch zugenommen, denn eheähnlich Zusammenwohnende gleich welchen Geschlechts müssen den Behörden nun erst mal nachweisen, dass sie keine Bedarfsgemeinschaft bilden.

Erfahrungen aus der Beratungspraxis der Arbeitslosenzentren zeigen, dass allein

³⁴Irene Becker/Richard Hauser: »Auswirkungen der Hartz IV-Reformen auf die personelle Einkommensverteilung«, Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Auszüge in: Böcklerimpuls, 22. Februar 2006, S. 1

erziehende Frauen im SGB II-Leistungsbezug stärker diskriminiert werden als andere Personengruppen. Gerade für diesen Kreis wird vermehrt über rechtswidrige Behandlung, Mobbing durch Unterstellungen und gezielte Kontrollen – z.B. bei der Nachweisführung in Bezug auf Bedarfsgemeinschaften – berichtet. Die geschlechtsspezifische Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz setzt sich auch in der Beratungspraxis der Agenturen fort: Frauen werden häufiger zu Ein-Euro- und Mini-Jobs angefragt und erhalten in Eingliederungsvereinbarungen entsprechende Auflagen. Frauen werden stärker als Männer im ALG II-Bezug mit Telefonabfragen, Hausbesuchen, Schnüffeleien im Privatleben, mit der Nachfrage nach Kontoauszügen oder Profiling belästigt. Alleinerziehende Frauen mit Kindern erhalten ungleich mehr rechtswidrige Aufforderungen zur Senkung der Unterkunfts- und Heizkosten durch die SGB II-Träger.³⁵

Frauen in Hartz IV-Arbeit

Rund 900000 Erwerbstätige in Minijobs, Praktika oder ABM erhalten aufgrund zu geringer Verdienste aufstockendes ALG II auf Basis des SGB II, bundesweit hätten knapp zwei Mio. Erwerbstätige Anspruch auf ALG II.³⁶ Von rund 5,1 Mio. erwerbsfähigen Hilfebedürftigen gelten 56 Prozent (=2,85 Mio.) als erwerbstätig. Sie arbeiten in den typischen Niedriglohnssektoren: Gastronomie, Einzelhandel, Textilindustrie, Gebäudereinigung, Bewachungs-, Bau- und Speditionsgewerbe. 70 Prozent der im Niedriglohnsektor Arbeitenden sind Frauen.³⁷ Aus dem SGB II selbst erwächst kein Vermittlungsanspruch in den ersten Arbeitsmarkt. Die Eingliederung in Arbeit soll lediglich unterstützt werden mit Kann-Leistungen aus dem Leistungsbereich des SGB III (s. den entsprechenden Verweis auf das SGB III in § 16 Abs. 1 SGB II), Kann-Leistungen wie der Vermittlung von Suchttherapien, Kitaplätzen etc. aus dem SGB II selbst (§ 16 Abs. 2 SGB II) oder durch die Zuweisung in sog. Arbeitsgele-

³⁵Erfahrungen aus der Dokumentation der Kampagne gegen Zwangsumzüge Berlin, April 2006 (Vgl. Kurzfassung in express, Nr. 5 und 6/2006)

³⁶Vgl. »Millionen arbeiten auf ALG II-Niveau«, in: express, Nr. 9-10/2006, S. 8

³⁷Tatjana Fuchs, a.a.O.

genheiten (§ 16 Abs. 3 SGB II). Eingliederung in Arbeit meint dabei lediglich die Erhaltung, Verbesserung und Wiederherstellung der »Beschäftigungsfähigkeit«, also kurze Trainingsmaßnahmen. Weil vom Gesetzgeber auch nicht mehr als der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit – statt längerfristiger Qualifizierungsmaßnahmen – intendiert ist, wurden 2005 folgerichtig überwiegend Arbeitsgelegenheiten zur Mehraufwandsentschädigung, sog. 1-Euro-Jobs, vergeben. Im vergangenen Jahr 2005 wurden bundesweit 590000 solcher Jobs gezählt.³⁸ Für Niedersachsen und Baden-Württemberg wird der Anteil der Frauen daran mit 35-40 Prozent ausgewiesen, die Anteile in den anderen Bundesländern dürften höher liegen, wie die Erfahrungen der Arbeitslosenzentren zeigen.³⁹ Im April 2006 wurden 266844 »1-Euro-Jobs« gezählt, hinzu kamen zirka 16000 Arbeitsgelegenheiten zur Entgeltvariante (sog. Midijobs für 900 Euro Brutto als sozialversicherte Beschäftigung nach § 16 Abs. 3 des SGB II). Insgesamt sind dies 146000 Arbeitsgelegenheiten mehr als zum Vergleichszeitpunkt im Vorjahr. Auch wenn im Politikerjargon die Rede von »Zusatz«- oder »Hilfs«-Jobs ist: Überwiegend verrichten »1-Euro-Jobber« und Beschäftigte mit Midijobs, zu denen auch FacharbeiterInnen und HochschulabsolventInnen gehören, ganz »normale« Erwerbsarbeit und ersetzen damit reguläre Beschäftigungsverhältnisse.

Eingesetzt werden sie vorrangig in den Bereichen Jugend, Soziales, Sport, Kultur, in der Denkmalpflege, Altenpflege, als Fahr- und Hausmeisterhilfen, bei der Straßenreinigung, Parkpflege, Pflege und Bewachung von Kinderspielplätzen, als HelferInnen in Kitas, Jugendheimen, Schulen und in der Öffentlichkeitsarbeit. Erwerbslosenorganisationen bezeichnen diese Massenerscheinung auch als »kommunalen Arbeitsdienst«, denn es werde eine der regulären Erwerbsarbeit inhaltlich gleichgestellte Arbeit verrichtet, allerdings ohne dass die Beschäftigten Arbeitnehmerrechte

haben. Auch hier berichten MitarbeiterInnen der Arbeitslosenzentren, dass bevorzugt sehr gut qualifizierte Frauen (Sozialarbeit, Freizeit, Beratung, Pflege) als Ein-Euro-JobberInnen eingesetzt und deren Qualifikation und Berufserfahrung abgeschöpft würden. Die Ermessensentscheidung der Jobcenter, zur Unterstützung von Wiedereingliederungsmaßnahmen einen Kitaplatz zur Verfügung zu stellen, stellt sich vor diesem Hintergrund in einem anderen Licht dar.

Politische Bewertung

Die Hartz-Gesetze leiteten einen politischen Systemwechsel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ein. Es gilt das Prinzip »Leistung nur noch gegen Gegenleistung«. Auch die sog. »Grundsicherung« für Arbeitssuchende ist, anders als der Begriff nahe legt, kein unabhängiger Rechtsanspruch, denn jede/r ist angehalten, eigenverantwortlich dafür zu sorgen, dass er/sie keine Grundsicherung mehr bezieht. Im bisherigen Sozialhilferecht dagegen hatte die Sozialhilfeleistung zur Führung eines menschenwürdigen Lebens (wie bescheiden dies auch definiert war) den Vorrang vor Arbeitsgewöhnungsmaßnahmen: Das bedeutet konkret z.B.: Im bisherigen Bundessozialhilfegesetz konnte von der Ehefrau eines verunfallten, sozialhilfeabhängigen Arbeitnehmers nicht verlangt werden, eine Arbeit aufzunehmen. Nach der neuen Grundsicherung kann von der Ehefrau sehr wohl verlangt werden, z.B. ein unbefristetes Arbeitsverhältnis aufzugeben für ein befristetes, wenn dieses ein höheres Einkommen einbringt, weil dies die Grundsicherungsleistung reduziert. Förderte die bisherige Struktur der Sozialhilfe traditionale Lebensformen wie das am männlichen Alleinverdiener orientierte Familienmodell, stellt die Neuregelung formal auf Gleichberechtigung ab. Nach § 1 Abs. 1 Satz 3 SGB II gibt es keine privilegierten Rechtsansprüche für Lebensgemeinschaften, sondern formal gleiches Recht für Männer und Frauen: »Die Grundsicherung für Arbeitssuchende soll die Eigenverantwortung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und Personen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, stärken und dazu beitragen, dass sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können.

³⁸Dossier des ver.di-Erwerbslosenausschusses Berlin, März 2006, S. 1

³⁹Da die Regionaldirektionen und die ARGEN frei sind in der Wahl der Daten, die sie erheben und dokumentieren, liegen für andere Bundesländer keine vergleichbaren Zahlen vor.

Sie soll erwerbsfähige Hilfebedürftige bei der Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit unterstützen und den Lebensunterhalt sichern, soweit sie ihn nicht auf andere Weise bestreiten können. Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist als durchgängiges Prinzip zu verfolgen. Die Leistungen der Grundsicherung sind insbesondere darauf auszurichten, dass ... geschlechtsspezifischen Nachteilen von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen entgegen gewirkt wird...«.

Damit ist nun jede/r Einzelne, gleich ob allein, verheiratet oder eheähnlich lebend, gezwungen, Arbeit anzunehmen, um Leistungen beziehen zu können. De Facto haben Bedarfsgemeinschaften gleich welcher Art Nachteile aus ihrem Zusammenleben, denn sie haben nicht nur einen geringeren individuellen Anspruch auf Leistungen, sondern oft auch noch das Problem, dass ihre Wohnung als zu groß gilt. Nach der o.g. Beweislastumkehr durch die Novellierung des SGB II zum 1. August 2006 müssen Zusammenwohnende gegenüber den SGB II-Trägern zudem noch beweisen, dass sie keine eheähnlichen oder lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaften sind. Können sie dies nicht, müssen sie laut Gesetz füreinander einstehen. Einen individuellen Rechtsanspruch auf Leistungen verweigert der Gesetzgeber also. Dies trifft bedürftige Frauen und Männer formal zunächst gleichermaßen.

Die spezifische Betroffenheit von Frauen erklärt sich daraus, dass Frauen zwar ebenso wie Männer individuelle Leistungen zu erbringen haben (ohne individuelle Rechtsansprüche zu haben), zugleich aber weiterhin strukturell am Arbeitsmarkt benachteiligt werden, ohne noch auf die dem korrespondierenden Formen familiärer Absicherung zurückgreifen zu können.

Die strukturelle Benachteiligung zeigt sich u.a. auch in dem eingangs dargestellten Phänomen eines Zuwachses an erwerbstätigen Frauen, der sich fast ausschließlich aus der Zunahme an prekären und gering entlohnten Beschäftigungsverhältnissen speist. Das Einzige, was das SGB II (Hartz IV) hier bietet, um geschlechtsspezifischen Diskriminierung entgegenzuwirken, ist eine lapidare Vorschrift in § 16: »Über die in Absatz 1 genannten Leistungen hinaus können weitere Leistungen erbracht werden, die für die Eingliederung des er-

werbsfähigen Hilfebedürftigen in das Erwerbsleben erforderlich sind; die weiteren Leistungen dürfen die Leistungen nach Absatz 1 nicht aufstocken. Zu den weiteren Leistungen gehören insbesondere ... die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen«

Für die betroffenen Frauen dürfte es schwer sein, bestehende Diskriminierungen mit dieser Kann-Leistung zu überwinden: Zum einen gibt es Kita-Plätze in hinreichender Anzahl nicht, zum anderen dürfte das Geld, das es bei den Eingliederungsmaßnahmen in Arbeit gibt, kaum ausreichen, um diese Plätze zu bezahlen. Dies gilt genauso für die Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger. Einerseits gibt es in Westdeutschland nur für sieben Prozent aller Kinder unter drei Jahren Betreuungsangebote – das Fehlen von Betreuungsmöglichkeiten gaben 57 Prozent der Frauen als Grund für den Wunsch nach Teilzeitarbeit an. Andererseits liegt es am immer noch vorherrschenden Familienmodell, in dem die Frau im wesentlichen für Hausarbeit und Kinderbetreuung zuständig ist.⁴⁰

Der Sozialpsychologe Peter Brückner stellte bereits Anfang der sechziger Jahre fest: »Die rechtliche Gleichstellung der Frauen hat es in der Tat erleichtert, sie schutzloser zu lassen und sie industriell auszubeuten. Brüderlichkeit war nicht das Ziel der Gleichstellung, die Emanzipation der Frau musste gelingen, weil ihre Arbeitskraft benötigt wird. Seither können Haushaltsführung und Kindererziehung einer Frau kaum noch soziale Sicherheit vermitteln oder die Prämie einer öffentlichen Anerkennung einbringen. Sie ist insofern unser, der Männer »Bruder« geworden, als sie jetzt innerhalb der Arbeits- und Geldsphäre mit uns rivalisieren kann. Eine Frau ist wie ein Mann, der Kinder kriegt. Als die Vermehrung der Nation um des Krieges und der Eroberung willen Programm wurde, Kindergebären wieder als Tugend galt, bedurfte es der Verleihung eines »Mütterehrenkreuzes«, um die Dynamik dieser gesellschaftlichen Entwicklung wenigstens partiell zu verzögern und

⁴⁰ Garloff, Alfred, s.Fußnote 22

die Frau in Haus und Bett zurückzubetrügen.«⁴¹

Mit den Reformen des Arbeitsmarktes und der Sozialleistungssysteme wird nunmehr das kapitalistisch objektiv intendierte Ziel der Emanzipation der Frau vollzogen: Verwertung und Verwertung ihrer Arbeitskraft als »kinderkriegender Mann«. Mit der ehemaligen Arbeitslosenhilfe bzw. der Sozialhilfe konnten nichterwerbstätige Frauen sich und ihre Kinder auf einem untersten Existenzniveau minimal sozial absichern und vor Abhängigkeit schützen. Mit Wegfall des Rechtsanspruchs auf Sozialhilfe und einem schwieriger zugänglichen ALG II entfallen für Frauen solche Formen sozialen Schutzes.

Doch Hartz IV ist nicht ausschließlich ein Armutsbeförderungsgesetz, sondern sollte, so die Vorstellungen von Peter Hartz zu der von ihm mit beförderten »Job-Revolution«, die Figur des Arbeitskraftunternehmers etablieren. Was dies für Frauen bedeutet, führt Frigga Haug aus: »Waren Frauen im alten fordistischen Modell zuständig für die psychophysische Balance, für Freizeit, Gesundheit, Ernährung, Erziehung – sind sie bei Hartz doppelt freigesetzt. Sie sind ihre Abhängigkeit vom Ernährer ebenso los wie diesen selbst.«⁴² Weiter führt sie aus: »Kinder im alten Sinn tauchen bei Herrn Hartz ... nur kurz als Aufgabe auf, die mittels Training zu lösen ist – als individuelles Problem der Gestaltung des ›work-balance-modells‹«, wie z.B. die junge Mutter mit Laptop, Aktentasche, Einkaufstüte und Baby auf dem Arm. Hartz IV löst das Familienernährermodell komplett auf und ersetzt es durch ein generelles Einstehen füreinander in Zweckgemeinschaften jeglicher Art.

Bisher galt qua Artikel 6 des Grundgesetzes (Schutz von Ehe und Familie), dass diese Gemeinschaften einen besonderen Schutz genießen. De facto werden diesen Formen von Reproduktions-Gemeinschaft immer mehr soziale Rechte entzogen, während ihnen zugleich mehr Verantwortung übertragen wird. Und während Frauen ei-

nerseits »zwangsemanzipiert« und im Sinne der Verwertung ihrer Arbeitskraft den Männern gleichgestellt werden, werden ihnen andererseits Verantwortlichkeiten übertragen, die sich nur noch aus überkommenen Formen der innerfamiliären Arbeitsteilung im Rahmen des sog. Normalverdiener-Modells herleiten lassen.

Die alleinige Forderung nach gleicher Teilhabe von Frauen an der Erwerbsarbeit ist daher heute mehr denn je reaktionär, wenn sie nicht mit dem Verlangen nach existenzsichernder Bezahlung und sozialer Absicherung inner- und außerhalb der Erwerbsarbeit gestellt wird.

Forderungen und Widerstand

Die Vielfältigkeit des Abbaus verfassungsmäßiger Rechte verlangt von politischen Bewegungen, sich nicht auf einzelne Forderungen zu beschränken. Deshalb gewinnt das programmatische Forderungspaket des Runden Tisches der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen von 2003 an Bedeutung: Angesichts der wachsenden Armut und Ausgrenzung von großen Gruppen von Frauen, Männern, Kindern und Alten einen individuell garantierten Rechtsanspruch in Form eines bedingungslosen Grundeinkommens von 850 Euro plus volle Wohnkosten und Krankenversicherung, einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn für alle Beschäftigten von mindestens 12 Euro Brutto pro Stunde, eine allgemeine generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, eine Legalisierung des Flüchtlingsrechts und des Aufenthalts Illegalisierter, die kostenlose Zurverfügungstellung sozialer Infrastruktur und eine Vergesellschaftung der öffentlichen Infrastruktur (Wasser, Gas, Strom, Transport, Information). Selbstverständlich erfordert dies auch eine andere Ausrichtung der gesamten Finanz- und Steuerpolitik, die zu Lasten der Konzerne gehen würde.

Unsere Forderungen sind antikapitalistisch, und sie gehen nicht in den Mitgestaltungsexperimenten linker Parteien auf, die damit bislang immer noch jämmerlich gescheitert sind. Eine Entwicklung antikapitalistischen Widerstands muss auf allen Ebenen ansetzen. Doch eine zentrale Voraussetzung ist auch die Entwicklung sozialer und politischer Beziehungen auf ‚gleicher Augenhöhe‘. Dies verlangt auch eine Reflexion der sozialen Lebenslage bei den Linken selbst,

⁴¹Peter Brückner: »Freiheit, Gleichheit, Sicherheit. Von den Widersprüchen des Wohlstandes«, Berlin 1965, S.90

⁴²Frigga Haug: »Schaffen wir einen neuen Menschentyp«, Das Argument 252/2003, S. 616

um überhaupt fähig zu werden, gemeinsame Ziele zu formulieren und diese beharrlich zu verfolgen.

Frauenarmut⁴³

Von Michaela Moser⁴⁴

Die Armut ist weiblich, diese Erkenntnis ist weder neu noch originell und wird seit Jahren von Akteuren, die unterschiedlicher nicht sein könnten, so stark verbreitet, dass sie eigentlich schon zur Floskel geworden ist. 'Sloganzation' nennen feministische Entwicklungstheoretikerinnen diesen Prozess, der scheinbar unvermeidlich ist, wenn versucht wird, feministische Ansätze und Anliegen dem politischen Mainstream schmackhaft zu machen und in institutionalisierte Politikbereiche zu implementieren. 'Sloganzation' geht Hand in Hand mit Simplifizierung, und fast immer sind die derart verbreiteten Botschaften richtig und falsch, wichtig und gefährlich zugleich.⁴⁵

Denn einerseits ist nicht von der Hand zu weisen, dass überall auf der Welt Frauen vergleichsweise häufiger und stärker von Armut betroffen sind als Männer, andererseits ist aber der daraus nicht selten gezogene Schluss "Frau = arm" so gefährlich wie unrichtig und fügt sich obendrein noch allzu geschmeidig in gängige Geschlechterdichotomien und -stereotype.

Eigentlich gibt es kaum Daten

Dazu kommt, dass es eigentlich kaum verlässliche Daten zu Frauenarmut gibt. Zu den vielen Unzulänglichkeiten, die an herkömmlichen Armutsstatistiken generell zu kritisieren wären, kommt im Bezug auf die Frage nach verfügbaren Daten und Zahlen zu Frauenarmut ein weiteres Problem: So gut wie alle Armutsstatistiken werden auf

Haushaltsbasis erhoben, Aussagen über individuelle Armutsbetroffenheit werden unter der Annahme der Gleichverteilung des Haushaltseinkommens an alle im Haushalt vorhandenen Personen getroffen. Dass die so entstehenden Resultate nur wenig Aussagekraft haben und zu einer Verschleierung tatsächlicher Verhältnisse führen, ist SozialarbeiterInnen und -aktivistInnen genauso klar wie den involvierten WissenschaftlerInnen und dürfte sich auch zu einigen PolitikerInnen bereits durchgesprochen haben.

Nichtsdestotrotz fehlt es – vor allem in Europa - an AkteurInnen, die Studien zur Ressourcenverteilung innerhalb von Haushalten forcieren.

So kann hier zwar angemerkt werden, dass laut der aktuellsten Erhebung der Statistik Austria über 200.000 Frauen in Österreich von Armut betroffen und wohl mehr als eine halbe Million Frauen als armutsgefährdet gelten müssen, als Abbild von Realitäten dürfen diese Zahlen jedoch nicht verstanden werden. Das hat neben der Haushaltsbezogenheit auch mit deren Konzentration auf die Einkommenssituation zu tun. Zu den Indikatoren für Armutsbetroffenheit müsste jedoch zumindest auch der Faktor Zeit(armut) gezählt werden, ganz zu schweigen von den (nicht) vorhandenen Möglichkeiten kultureller und politischer Partizipation und Einflussnahme.

Was Frauen "arm" macht

Trotz unzulänglicher Datenlage steht die überproportionale Armutsbetroffenheit von Frauen freilich außer Streit. Genau so wenig ist zu bezweifeln, dass es geschlechtsspezifische Gründe für Frauenarmut gibt und konkrete Armutsrealitäten auch geschlechtsspezifische Konsequenzen mit sich bringen. Das komplexe Netz patriarchaler Machtstrukturen und eine symbolische Ordnung, die der sozio-ökonomischen Benachteiligung von Frauen voran- bzw. mit dieser einhergeht, muss nicht nur als tieferliegende Ursache für die Armutsbetroffenheit und -gefährdung von Frauen analysiert, sondern auch in Zusammenhang mit all jenen Lebensbereichen, die traditionell Frauen zugeordnet wurden und werden, verstanden werden. Wesentlicher Grund für die höhere Armutsbetroffenheit und -gefährdung von Frauen ist nämlich

⁴³ Veröffentlicht in: AUF Eine Frauenzeitschrift No. 141: "Armut–Kein Geld macht auch nicht glücklich", Wien 2008,

⁴⁴ Michaela Moser ist Sozialexpertin und Ethikerin, Vizepräsidentin des Europäischen Armutsnetzwerks EAPN, Mitarbeiterin der Armutskonferenz und der Schuldenberatungs-Dachorganisation asb

⁴⁵ Vgl. Andrea Cornwall, Elizabeth Harrison, Ann Whitehead, Introduction, in: Andrea Cornwall, Elizabeth Harrison, Ann Whitehead (eds.), *Feminisms in development: contradictions, contestations and challenges*, London: Zed Books 2007, 1-17, 4.

deren unentgeltliche Übernahme von Fürsorgeaufgaben. Nach wie vor gilt die unbezahlte Erledigung von Sorge-Tätigkeiten durch Mütter, (Schwieger)Töchter, Ehefrauen, Schwestern, weitgehend als selbstverständlich, bleibt volkswirtschaftlich ungezählt und wird für viele Frauen zur Armutsfalle. Und dort, wo es augenscheinlich immer mehr Frauen gelingt, sich davon zu "befreien", werden Tätigkeiten und damit auch Armutsbetroffenheit schlicht auf andere Frauen – meist MigrantInnen – "umgeschichtet". Weniger das Geschlecht an sich ist dann ausschlaggebend, sondern die Übernahme von bestimmten damit verbundenen Rollen und Tätigkeiten. Auch die wenigen Männer, die entgegen herkömmlicher Rollenmuster ihren Job zugunsten von Kindererziehung oder Pfllegetätigkeiten über lange Jahre hin "aufgeben", werden nämlich am Ende des Tages – z.B. in Form mangelnder Arbeitslosenversicherungs- und Pensionszeiten – dafür bezahlen müssen.

In der Mehrzahl sind es jedoch ohnehin nach wie vor Frauen, die von einem fast ausschließlich auf Erwerbsarbeit zentriertem Einkommens- und Sozialsystem "arm" gemacht werden. Dazu kommt, wie hinreichend bekannt, die geringere Entlohnung in jenen Bereichen, die am geschlechtsspezifisch geprägten Arbeitsmarkt als "Frauenjobs" gelten. Diese Benachteiligungen werden von Sozialleistungen, die sich am vorigen Arbeitsentgelt orientieren, fortgeschrieben bzw. verstärkt. Zwar belegen Studien, dass Frauen überproportional von wohlfahrtsstaatlichen Sozialleistungen profitieren, gleichzeitig wirken diese jedoch in ihrer Fortschreibung von Ungleichheiten am Arbeitsmarkt auch diskriminierend. Wer wenig verdient hat, bekommt niedriges Arbeitslosengeld, wer nur einen prekären Job, z.B. in Selbständigkeit, ergattert hat, gar keines. Noch immer dominiert die patriarchale Phantasie vom männlichen Broterwerber konservative sozialpolitische Systeme, wen wundert es da, dass diese nur unzureichende Wirkung in Bezug auf die Vermeidung und Bekämpfung von Frauenarmut bringen.

Doch auch dort, wo die Bedeutung von Frauen als "breadwinners" zunehmend erkannt wurde, sind die Aussichten nicht notwendig rosiger. So wurde im entwick-

lungspolitischen Diskurs und den entsprechenden Programmen zur Armutsbekämpfung in den letzten Jahren die bedeutende Rolle von Frauen erkannt und mit Slogans wie: "wenn man in Frauen investiert, investiert man in die ganze Nation" immer mehr auf "Investitionen in Frauen(arbeit)" gesetzt. Beschäftigungs- und Mikrokreditprogramme für Kleinunternehmerinnen erfreu(t)en sich wachsender Beliebtheit, ohne freilich an den zentralen Fragen der Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Macht zu rühren. "Arme" Frauen wurden zu zentralen Hoffnungsträgerinnen für ökonomischen Aufschwung stilisiert, an den patriarchalen und neoliberalen Grundfesten muss(te) dabei praktischerweise nicht gerührt werden.

Wenn Frauenarmut – wie auch die Armut von Männern und Kindern - nachhaltig und effektiv bekämpft werden soll, da sind sich alle feministischen Expertinnen (und nicht nur diese) einig, müssen jedoch die ökonomischen und politischen Verhältnisse an sich auf den Prüfstand genommen und radikalen Veränderungen unterzogen werden.

Geld, Einfluss, Deutungsmacht

Es geht also um mehr als um materielle Ressourcen. Wie auch die us-amerikanische Philosophin Martha Nussbaum in ihren Arbeiten zu Gerechtigkeit und gutem Leben – und im Rekurs auf Aristoteles - deutlich macht, geht es mit Blick auf die Vermeidung und Bekämpfung von Frauenarmut (wie auch von Armut generell), nicht (nur) um die Frage was Frauen (Menschen) *haben*, sondern vor allem darum, was Frauen (Menschen) *tun und sein können*. Es geht also um umfassende innere und äußere Verwirklichungschancen. Damit ist mehr als die in politischer Rhetorik heute so beliebte blanke Chancengleichheit gemeint, die vorgeblich gleiche Ausgangspositionen schaffen will, ohne für weitere Entwicklungsprozesse und schon gar nicht etwaige Ergebnisse Verantwortung übernehmen zu wollen. Nussbaum zählt in einer gleichzeitig offenen wie nicht reduzierbaren Liste die Verwirklichungschancen auf, die als Grundbedingungen für gutes Leben verstanden werden können:

- körperliche Integrität, Gesundheit und Selbstbestimmung,
- psychisches/emotionales Wohlbefinden,
- Ausdrucks- und Entwicklungsmöglichkeiten – auch kulturelle, religiöse und politische;
- die Fähigkeit, sich spezifische Vorstellungen vom eigenen guten Leben zu machen zu können,
- mit anderen Lebewesen in vielfältigen wechselseitigen Beziehungen zu leben,
- an politischen Entscheidungen zu partizipieren,
- Arbeits- und Besitzverhältnisse mitbestimmen zu können
- und nicht zuletzt auch über Zeit und Muße für Spiel, Rekreation, Nichtstun verfügen zu können.

Die Frage Ressourcenverteilung bleibt für die Umsetzung dieser Verwirklichungschancen freilich von Relevanz, aber es geht auch um Anerkennung, Selbstvertretung und Deutungsmacht.

Die Macht der Deutung von Armut liegt fast immer in den Händen jener, die nicht von Armut betroffen sind. JournalistInnen, WissenschaftlerInnen, SozialexpertInnen, BeamtInnen und PolitikerInnen beschreiben Hintergründe und skizzieren Auswege, Frauen mit Armutserfahrungen werden dabei häufig auf eine illustrierende Opferrolle beschränkt.

So ist in der derzeit aktuellen "Teuerungsdebatte" einmal mehr zu bemerken, dass insbesondere Alleinerzieherinnen gerne als Leidtragende jüngster Preisentwicklungen und politischer Versäumnisse porträtiert, dass sie jedoch kaum nach ihren Lösungsvorschlägen gefragt werden.

Doch nicht nur die Lösungsvorschläge betroffener Frauen fehlen, auch die alternativen Ansätze, die die Frauenbewegung und darin aktive feministische Ökonominnen, Politologinnen, Ethikerinnen seit vielen Jahren hervorbringen, sind in den Debatten auf gespenstische Weise abwesend. Die teilweise seit Jahrzehnten erarbeiteten und diskutierten Ansätze der Care-Ethik beispielsweise haben in die Pflegedebatte bis heute nicht wirklich Eingang gefunden. Diskussionen um einen erweiterten Arbeitsbegriff und die notwendige Umverteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern scheinen

ebenso wie Fragen der Macht- und Einkommensverteilung, selbst die emanzipierteren und kritischeren unter den politischen EntscheidungsträgerInnen maximal oberflächlich gestreift zu haben. Oder sie wurden im Zuge der eingangs erwähnten 'Slogifizierung' entweder bis zur Unkenntlichkeit entstellt (frau denke beispielsweise an die 'stark, schwarz, weiblich' Kampagne der ÖVP-Frauen) oder aufs Größte simplifiziert (z.B. wenn nach wie vor von SozialdemokratInnen Frauenerwerbstätigkeit nahezu als "Allheilmittel" gepriesen wird).

Es geht also weiterhin um ein Sichtbarwerden und Sichtbarmachen. Zunächst um das Sichtbarwerden von armutsgefährdeten Frauen als heterogene Akteurinnen und das Sichtbarmachen ihrer vielfältigen und durchaus unterschiedlichen Armutserfahrungen, Lebensgeschichten, aber eben auch ihrer Lösungsvorschläge und Vorstellungen vom guten Leben.

Politisch und gesellschaftlich weit verbreitete (Fehl-)Annahmen und Mythen zu Armut und Armutsbetroffenen geraten dann schnell ins Wanken.

Erfahrungen, wie sie beispielsweise im letzten Jahr im Rahmen des partizipativen steirischen Forumtheaterprojekts "Kein Kies zum Kurven kratzen" gemacht wurden, zeigen, dass sowohl Frauen und Männer der sogenannten breiten Öffentlichkeit als auch verantwortliche PolitikerInnen im direkten Kontakt mit Menschen mit Armutserfahrungen durchaus zur Revision ihrer vorurteilsbehafteten Vorstellungen herausforderbar sind. Das Stereotyp von den faulen oder hilflosen Armen hält dann nicht mehr, es hat beispielsweise als Begründung für die Kürzung von Sozialleistungen schnell ausgedient.

Eine erneuerte Politik des Sozialen

Was also ist zu tun? Zuallererst gilt es, auf die vielfältigen Realitäten, Erfahrungen und Lösungsvorschläge von Frauen mit Armutserfahrungen hin zu sehen und hin zu hören.

"Wir sind keine BittstellerInnen, wir wollen Respekt", so eine zentrale Forderung von armutsbetroffenen Frauen und Männern im Zuge eines ersten österreichweiten Treffens von Selbstorganisationen von Frauen und Männern mit Armutserfahrungen, das vor zwei Jahren in Wien stattfand. Einmal

zeigte sich dabei, dass Fragen der Einkommenssicherheit nicht gegen Fragen der Anerkennung, des Respekts und der Möglichkeiten kultureller und politischer Partizipation ausgespielt werden können und dürfen, sondern ganz im Nussbaum'schen Sinne von "irreduzibler Pluralität" sind. Ein "Mehr" an notwendiger monetärer Mindestsicherung kann und darf nicht ausgespielt werden gegen ein "Mehr" an Beteiligungsmöglichkeiten; nicht alle Möglichkeiten sind mit Geld zu erkaufen.

Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen allein wäre es deshalb auch nicht getan, vielmehr braucht es eine Kombination von monetärer Grundsicherung auf Mindestniveau, die zur Abdeckung der Ausgaben für das Lebensnotwendige auch tatsächlich reichen muss, von guter sozialer Infrastruktur (öffentlicher Verkehr, Gesundheitsvorsorge, Bildungsangebote, Energiesicherung, sozialer Wohnbau, Kinderbetreuungseinrichtungen, Beratungsstellen, ...) und einer qualitätvollen Arbeitsmarktpolitik. Letztere müsste das "Ganze der Arbeit", wie es die deutsche Ökonomin Adelheid Biesecker definiert hat, als Basis für neue Mittel und Wege in den Blick nehmen. Was derzeit als "typische Frauenbiographie" gilt, nämlich die Kombination von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlten Tätigkeiten, müsste zur Normalität werden. Fürsorgetätigkeiten, Eigen- und Subsistenzarbeit, aber auch gesellschaftliches und politisches Engagement sind als Teil eines umfassenden Arbeitslebens zusammenzudenken. Nicht die Zukunft der Erwerbsarbeit muss im Zentrum politischer Debatten stehen, sondern das Ausloten der besten Möglichkeiten einer gelungenen Kombination verschiedener Arbeits- und Einkommensarbeiten. Erwerbsarbeitszeiten, so sieht es das Biesecker-Konzept vor, würden stark verkürzt, wodurch Zeit für Versorgungs-, Gemeinwesen-, Eigen- und politische Arbeit freigesetzt wird. Der durch die Arbeitszeitverkürzung bedingte Lohnverlust könnte durch ein bedingungsloses Grundeinkommen kompensiert werden, das seinerseits durch verstärkte Besteuerung von Überstunden, Kapitaltransaktionen und Naturverbrauch finanziert wird.

Der Staat bleibt in diesem Modell bedeutender, was nicht heißen soll unveränderter, Akteur. Effektive Armutsbekämpfung

braucht eine neue Politik des Sozialen und damit auch demokratiepolitische Umbauarbeiten.

Zum einen soll er mit gut ausgebauter sozialer Infrastruktur dafür sorgen, dass Kindergärten, Gemeinschaftsküchen, neue Formen sozialen Wohnens, ... weiterhin und verstärkt für alle zur Verfügung stehen, zum anderen braucht es Impulse für Qualifizierung, Weiterbildung und Initiativen, die dabei helfen, die entstehenden Wahlmöglichkeiten und -freiheiten gut nutzen zu können.

Armutsbekämpfung und -vermeidung wird dabei auf doppelte Weise forciert. Zum einen durch die Erhöhung der Verwirklichungschancen des und der Einzelnen, zum anderen durch die Förderung der Mitgestaltungsgesellschaft von aufeinander bezogenen und füreinander sorgenden BürgerInnen.

Der Ansatz von Biesecker ist nur einer von vielen, den FeministInnen in den letzten Jahren vorgelegt und diskutiert haben. Erwähnens-, beschreibens-, bedenkenswert wären auch viele weitere Ansätze von Subsistenzdenkerinnen, Care-Ethikerinnen und Ökonominen, Philosophinnen und vielen Aktivistinnen sozialer Organisationen und Bewegungen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie den Blick aufs Ganze lenken und damit sowohl auf soziale als auch ökonomische und demokratiepolitische Veränderungen und folglich auf eine erneuerte Politik des Sozialen, die weit über das enge Feld der üblichen Sozialpolitik hinausgeht.

Eine solche Politik müsste es auch ermöglichen, Abhängigkeit und Bedürftigkeit als menschlichen Normalzustand zu akzeptieren und die Norm einer scheinbar unabhängigen menschlichen Existenz genauso in Frage zu stellen wie die derzeit bei vielen PolitikerInnen so beliebte wie undifferenzierte Forderung nach "mehr Eigenverantwortung". Leitprinzip dieser Politik wäre vielmehr die Einsicht, dass wir alle nur leben können, wenn wir von anderen gefördert und unterstützt werden. Entsprechende Bedeutung könnte dann in der Folge dem Geben- und Nehmen-Können fürsorglicher Tätigkeiten zugesprochen werden. Dabei geht es nicht nur um Hausarbeit, pflegerische und sozialarbeiterische Tätig-

keiten, sondern auch und vor allem um ein Handeln, das für das eigene Mit-ander-in-der-Welt-sein auf breite und vielfältige Weise Verantwortung übernimmt, Abhängigkeiten respektvoll gestaltet und wechselseitiges fürsorgliches Tätigsein unabhängig von tradierten Geschlechterrollen zu leben lernt.

Literatur

Biesecker, Adelheid, Mathes, Maite, Schön, Susanne and Scurrill, Babette (eds.), *Vorsorgendes Wirtschaften: Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens*, Bielefeld: Kleine Verlag, 2000.

Baatz, Dagmar; Rudolph, Clarissa; Satilmis, Ayla (Hrsg); *Hauptsache Arbeit? Feministische Perspektiven auf den Wandel von Arbeit*, Münster, 2004.

beiträge zur feministischen theorie und praxis 68: "Frauen denkt ökonomisch", 2007.

Bennholdt-Thomson, Veronika und Mies, Maria *Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive*, München 1997.

Biesecker, Adelheid, Mathes, Maite, Schön, Susanne and Scurrill Babette (eds.), *Vorsorgendes Wirtschaften: Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens*, Bielefeld: Kleine Verlag, 2000.

Conradi, Lisa, *Take Care. Grundlagen einer Ethik der Achtsamkeit*, Frankfurt/New York, 2001.

Cornwall, Andrea, Harrison, Elizabeth and Whitehead, Ann (eds.), *Feminisms in development: contradictions, contestations and challenges*, London: Zed Books 2007.

Geld und Leben. Positionen feministischer Ökonomie, ksoe-Dossier 05/2007, 36 Seiten, ca 6 Euro (Bestellung unter www.ksoe.at)

Haug, Frigga: *Ohne Vernunft kann man nichts machen. Eingriffe in Politik und Gesellschaft*. Hamburg 2007.

Heitzmann, Karin and Schmidt, Angelika (eds.), *Frauenarmut: Hintergründe, Facetten, Perspektiven*, Frankfurt a. Main et al: Peter Lang, 2001.

Heitzmann, Karin and Schmidt, Angelika (eds.), *Wege aus der Frauenarmut*, Frankfurt a. Main et al: Peter Lang, 2004.

Moser, Michaela, „Was Frauen reich macht oder: Wie Welthausfrauen dem guten Leben zum Durchbruch verhelfen“, in: Moser, Michaela and Praetorius, Ina (eds.), *Welt gestalten im ausgehenden Patriarchat*, Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag, 2003, 298-308.

Moser Michaela, „We all live subsidized lives“ *Bedürftigkeit als menschlicher Normalzustand und Ausgangspunkt für eine erneuerte Politik des Sozialen*, in: Praetorius, Ina (ed.), *Sich in Beziehung setzen: Zur Weltsicht der Freiheit in*

Bezogenheit, Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag, 2005, 13-22.

Nussbaum, Martha C., *Women and Human Development: The Capabilities Approach*, Cambridge: Cambridge University Press, 2000.

Sevenhuijsen, Selma und Svab, Alenka (Hg), *Labyrinths of Care*, Ljubljana, 2003.

von Werlhof, Claudia/Bennholdt-Thomsen, Veronika/ Faraclas, Nicholas (Hg.) *Subsistenz und Widerstand, Alternativen zur Globalisierung*, Wien 2003.

Glossen von Luise F. Pusch

Herr Koma kommt: Der Frauenmord in Winnenden

Stellen Sie sich vor, ein junger Deutscher erschießt an einer deutschen Schule elf Menschen, zehn davon "mit Migrationshintergrund", sieben weitere MigrantInnen schießt er krankenhaureif.

Oder: In den USA stürmt ein Weißer in die Schule und erschießt zehn Schwarze und einen Weißen. Weitere sieben Schwarze schießt er krankenhaureif.

Glauben Sie, über das Motiv der Taten hätten Deutschland oder die USA auch nur eine Minute lang gerätselt?

Nein - zu Recht wäre extremer Fremden- bzw. Rassenhass vermutet worden, von den Medien, den Behörden, der Bevölkerung und der Polizei.

Der Massenmörder von Winnenden hat an der Schule acht Schüler**innen** und einen Schüler erschossen, sieben weitere Schüler**innen** hat er krankenhaureif geschossen. Aber alle reden nur von den getöteten oder verletzten Schülern. Tim Kretschmer hat auch drei Lehrerinnen ermordet. Die wurden auch immer korrekt als Lehrerinnen bezeichnet. Wäre **ein** Lehrer dabei gewesen, hätten wir gehört, der Täter habe neun Schüler und drei Lehrer getötet.

Streng eingehalten werden die Regeln der deutschen Männersprache: Ein einziges männliches Wesen macht jede noch so große Gruppe von Frauen und Mädchen zu einer männlichen Gruppe. Acht Schüler**innen** und ein Schüler sind zusammen neun Schüler. (Die Schüler**innen** wurden auch nicht *ermordet*, sondern nur *getötet*.) Auch diese Sprachregelung hilft mit, das Offenkundige nicht wahrzunehmen zu müssen.

Alle sind vollkommen ratlos und fassungslos, es fehlen ihnen die Worte. Die Frage nach dem Warum treibt alle um, auch heute noch, zwei Tage nach dem Frauenmord. Und da werden besonders gern Johannes Raus Worte zum Massenmord in Erfurt zitiert: "Wir sollten uns eingestehen: Wir verstehen diese Tat nicht. Wir werden sie - letzten Endes - auch nie völlig erklären können."

Was ist denn daran so schwer zu verstehen? Ist nicht Gewalt von Männern gegen Frauen, bis hin zum Mord, alltäglich bei uns und weltweit?

Manche, aber viel zu wenige Männer, ein paar Sozialpsychologen und Männerforscher, haben schon etwas begriffen von dem, was Feministinnen seit Jahrzehnten umtreibt: Es gehört zur männlichen Identität, Frauen zu dominieren, sich ihnen überlegen zu fühlen. Frauen, die Männern die Stirn bieten (z.B. Feministinnen), Mädchen, die Jungen zurückweisen und/oder überflügeln (z.B. in der Schule), Frauen und Mädchen also, die die männliche Hegemonie in Frage stellen und das zarte männliche Ego verletzen, gehören bestraft. Nur so kann die Geschlechterhierarchie wiederhergestellt und die beschädigte männliche Identität repariert werden - im Extremfall durch den Tod.

Der Frauen- und Mädchenhass des Tim Kretschmer drückt sich deutlich in seiner Tat aus. Er hat nicht "wild um sich geschossen", wie die Medien immer wieder berichteten, er hat seine weiblichen Opfer gezielt mit Kopfschuss ermordet.

Für mich fast noch erschütternder als der Massenmord ist die völlige Blindheit all derjenigen, die über ihn berichten und über die Natur dieser Tat und ihr Motiv rätseln. Als läge das Motiv nicht klar auf der Hand: Frauenhaß, Männlichkeitswahn.

Erschütternd deshalb, weil damit die nächsten Massenmorde programmiert sind, denn eine vernünftige Prävention setzt zuallererst eine korrekte Analyse des Tatmotivs voraus. Eine solche Analyse findet nicht statt, es wird rumgenebelt in einem unfassbaren Ausmaß.

Oder eben auch wieder nicht unfassbar, sondern vorhersagbar. Aber ich hätte doch gedacht, nach über 40 Jahren Frauenbewegung wären die Zuständigen und die

Öffentlichkeit schon etwas weiter, aufgeklärt.

Aber in den Medien war wieder mal Alice Schwarzer die einzige, die den Mord und sein Motiv auf den Punkt brachte - auf einen Punkt übrigens, den sie seit dem Mord an Angelika B. in Köln 1991 immer wieder betont: Frauenhass gehört genau so streng geahndet wie Fremdenhass, ja strenger, ist er doch viel weiter verbreitet. Er ist, wie gesagt, völlig alltäglich.

Eines wird durchaus zugegeben, es lässt sich ja auch nicht verheimlichen: Dass die Amokläufer alle männlich sind. Und mit diesem widerwilligen Eingeständnis hat es sich dann aber auch schon. Da wird nie weitergefragt: Wieso denn nur Jungen und Männer? Was machen wir falsch bei der Erziehung von Jungen, was uns bei Mädchen anscheinend mühelos gelingt? Was können Jungen von Mädchen lernen?

Eben. Das ist der Punkt. Jungen sollen und wollen von Mädchen nichts lernen. Das wäre nämlich unter ihrer Würde. Sie würden dadurch ja - zu Mädchen, es bestünde jedenfalls die Gefahr. Und nichts ist in unserer Herrenkultur schrecklicher für einen Jungen.

Aus den so abgerichteten Jungen werden unsere Männer - die, die wir zu Hause haben und die in Politik, Medien und Wirtschaft. Sie haben kein Interesse und wohl auch nur selten das Rüstzeug, dem wahren Motiv dieses Verbrechens und all der anderen alltäglichen Männerverbrechen an Frauen auf den Grund zu gehen.

Hier kommt ein wenig Nachhilfe von Rolf Pohl, Sozialpsychologe an der Uni Hannover: Zur männlichen Identität gehört das unbewusste Bedürfnis, sich aufzuwerten, indem Frauen abgewertet werden. Sich als einzelner Mann von dieser Konstruktion abzugrenzen ist sehr schwer. Die Ambivalenz gegenüber Frauen prägt sich dem kleinen Jungen ein - und erfährt immer wieder Nachprägungen.

Interviewer: Die Abwertung von Frauen gehört fest zur männlichen Identität? Wenn man sich anschaut, was in unserer Gesellschaft als männlich gilt, dann finden sich immer wieder zwei dominante Merkmale: zum einen eine Hierarchie innerhalb der Männergruppe - Status- und Rankkämpfe sind für eine männliche Identität sehr wichtig. Und zum anderen die Ab-

grenzung zur Weiblichkeit, die alle Männer in ihrer Überlegenheit miteinander vereint.

Auf RTL gab der Psychologe Gebert heute früh zum besten, was er für den Grund hält, dass Tim Kretschmer gezielt Frauen und Mädchen ermordet und angeschossen hat: Nein, sagte er, das sei wohl nicht gezielt gewesen. "Jungs werfen sich blitzschnell untern Tisch, während Frauen zur Salzsäule erstarren und nicht wissen, was sie machen sollen." Selber schuld, die dummen Frauen.

So lange die Mehrheit auf diesem Niveau der Reflexion verharrt, werden Männer weiter Gewalt ausüben, gegeneinander, vor allem aber gegen Frauen.

Aber schuld daran ist niemand, es ist und bleibt ein Rätsel, und wir sind alle fassungs-, rat- und sprachlos.

Oder noch besser, wie oben: Die Frauen sind schuld. Wie hieß doch der vereinbarte Code-Spruch zur Ankündigung des Grauens: "Frau Koma kommt!"

(Dank an Brigitta Huhnke für einen hilfreichen Email-Austausch und die Hinweise auf den Pohl-Artikel und das RTL-Interview mit Gebert. Dank an Evelyn Thriene für den Hinweis auf den Artikel von Alice Schwarzer)

Luise F. Pusch, 13.3.09

Ann Dunham, Anthropologin- Barack Obamas Mutter

Bei unserem Weihnachtstreffen fragte ich meinen Bruder und meine Schwägerin: "Und, was wißt Ihr über Obamas Mutter?" "Sein Vater war schwarz und kam aus Kenya, und sie war weiß und starb an Krebs", sagten sie, sinngemäß. "Warum fragst du?" "Obamas Mutter, Stanley Ann Dunham Soetoro, war Anthropologin und hat eine 800 Seiten starke Dissertation verfaßt. Außerdem war sie eine der ganz frühen Kämpferinnen für Mikrokredite für Frauen." Davon hatten sie bis dahin nichts gehört, immer nur die traurige Geschichte von ihrem Kampf gegen amerikanische Krankenversicherungen vor ihrem frühen Krebstod - und wie das Obama motivierte, sich für die Reform des Gesundheitswesens stark zu machen.

Ich hatte es auch nur zufällig erfahren von einem befreundeten Professor der Anthro-

pologie, der sich im Wahlkampf intensiv für Obama eingesetzt hatte, während Joey und ich natürlich für Hillary waren. Um uns darüber hinwegzutrusten, daß sie nicht nominiert worden war und zugleich um für sein Fach Reklame zu machen, schickte er uns einen Aufsatz seiner Kollegin Behar über die anthropologischen Ursprünge der Lichtgestalt Obama - angelegt von seiner Mutter, der Anthropologin.

Obama über seine Mutter: "Sie war der wichtigste Mensch in meinen Entwicklungsjahren. Die Werte, die sie mir beibrachte, sind für mich noch immer der Prüfstein, wenn es um politisches Handeln geht."

Im vergangenen Jahr habe ich mich intensiv mit den Anfängen der Anthropologie beschäftigt, insbesondere mit dem Liebespaar Ruth Benedict (1887-1948) und Margaret Mead (1901-1978). Ihre fruchtbare Zusammenarbeit bescherte uns in den 30er und 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts nichts Geringeres als die theoretischen Grundlagen für die Überwindung von Rassismus, Homophobie (Benedict) und Sexismus (Mead). Ganz im Geiste dieser schönen Ungeheuerlichen: Sie heiratete einen Schwarzafrikaner, und nachdem der die kleine Familie verlassen hatte, einen Indonesier, den Vater von Obamas Halbschwester Maya Soetoro-Ng. Der akademische Lehrer und Mentor von Benedict und Mead war Franz Boas, der Vater der modernen Anthropologie. Der deutsche Jude Boas (1858-1942) kehrte schon in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts dem Antisemitismus im deutschen Kaiserreich angewidert den Rücken, und als Hitler an die Macht kam, setzte der 75jährige alles daran, um die Welt über Hitlers mörderische Absichten aufzuklären und seinen verfolgten jüdischen Landsleuten beizustehen.

Ich fasse zusammen: Boas, Benedict und Mead begründeten die moderne Kultur-Anthropologie, Obamas Mutter erzog ihren Sohn im Geiste dieser Kultur-Anthropologie: Sie lehrte ihn Respekt vor anderen Kulturen, Einsatzbereitschaft für die Schwachen, Empathie, Zuhörenkönnen, Neugier, Offenheit für das Fremde und das - für Obama so typische - Bemü-

hen, Gegensätze zu transzendieren statt zu zementieren.

Somit geht also das weltumarmende und völkerverbindende Charisma Obamas letztlich auf einen deutschen Juden im Exil und seine genialen Schülerinnen Benedict und Mead zurück, zwei amerikanische Lesben. Jüdisch, schwarz, weiblich, lesbisch - alle Makel der Welt stehen Pate an der Wiege des Hoffnungsträgers Obama. Friedlich vereint und stolz liefern sie sein geistig-moralisches Fundament. Wie alle Welt sehen konnte, hat Amerika soeben einen Riesenschritt zur Überwindung des Rassismus geschafft. Bleibt noch die Überwindung von Homophobie und Sexismus, damit das Vermächtnis von Boas, Benedict und Mead, zugleich das Vermächtnis der Mutter Obamas, ganz erfüllt werde.

Da ist noch einiges zu tun: Zum Kabinett Obama gehören 4 Frauen und 20 Männer (16 Prozent); im Kabinett Merkel sind es immerhin 7 Frauen und 10 Männer (41 Prozent). Offene Lesben oder Schwule gibt's weder in Obamas noch in Merkels Kabinett. Luise F. Pusch, 24.1.09

www.luisepusch.de

Netzwerke/Aktionen Resolutionen

Gift in Blumen zum Valentinstag

FIAN beklagt Pestizidmissbrauch in der Blumenproduktion

Rosen, die bei uns in Liebe verschenkt werden, sind für Blumenarbeiterinnen und -arbeiter eine Gesundheitsgefährdung höchsten Grades. Denn die meisten Schnittblumen werden unter Einsatz von hochgiftigen Pestiziden gezüchtet. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind dem Giftcocktail oft ungeschützt ausgesetzt und werden krank. Wer seiner Liebsten ungeprüfte Liebesgrüße bringen möchte, sollte daher Blumen des Flower Label Programs (FLP) verschenken. Zittern, Schwindel, Sehstörungen und Atemprobleme sind die häufigsten Symptome, unter denen BlumenarbeiterInnen beispielsweise in Uganda leiden. "Als ich einen Arbeiter fragte,

warum seine Schulter während unseres Gesprächs andauernd zitterte, antwortete er, dass alle Arbeiter unter vergleichbaren Symptomen leiden", berichtet Gertrud Falk von der Menschenrechtsorganisation FIAN. "Und ihre Löhne sind so niedrig, dass sie sich keine ärztliche Behandlung leisten können." Auch bei akuten Unfällen mit Pestiziden müssen ugandische ArbeiterInnen in der Regel die Behandlungskosten selbst tragen. Wenn sie arbeitsunfähig werden, bleiben sie trotz jahre-langer Beschäftigung in den Blumenplantagen ohne Rente oder Entschädigungszahlungen zurück. "Es gibt zwar ein Gesetz, das Entschädigungen nach Arbeitsunfällen regelt, aber es wird selten umgesetzt", erläutert Flavia Amoding von der ugandischen Organisation für Arbeiterbildung UWEA. "Viele Arbeiterinnen sind Analphabetinnen und können ihre Rechte nicht einfordern."

Eine sichere Alternative beim Blumenkauf bietet das Flower Label Program (FLP). FLP zertifiziert nur solche Blumenbetriebe, die strenge Sozial- und Umweltstandards einhalten. Arbeiterinnen müssen kostenlose Arbeitskleidung erhalten und umfassend gegen Pestizide geschützt werden. Die Arbeitgeber müssen auch für Behandlungskosten aufkommen. "FLP-Betriebe werden jährlich überprüft", erklärt Gertrud Falk. "Auf den Gesundheitsschutz der ArbeiterInnen wird dabei besonders Wert gelegt":

Kontakt: Gertrud Falk, 0221-70 200 72 oder 0221-422 94 66; mobil: 0172-1848783. FIAN Deutschland e.V. Briedeler Str. 13* 50969 Köln www.fian.de Tel. 0221-7020072 Direkt: 0221-4229466 Fax: 0221-7020032

Unterschriftenkampagne gegen Steinigung

Sehr geehrte Damen und Herren, Liebe Freundinnen, Liebe Freunde, Die Internationale Freie Frauenstiftung aus Amsterdam hat vor einer kurzen Zeit eine Unterschriftenkampagne gegen die Steinigung von Frauen gestartet. Ziel ist eine 1 Million Unterschriften zu sammeln. Der Aufruf in 7 Sprachen und die Petition zum Unterschreiben ist unter www.stopthesteining.com zu ersehen.

Wir bitten Sie/euch die Petition zu unterschreiben und diese Mail auch durch den

eigenen Verteiler zu schicken. Der Aufruf in Deutsch ist unten zu erlesen. Lasst uns mit einer Unterschrift dazu beitragen, die Steinigung an Frauen zu stoppen.

Mit freundlichen Grüßen, Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.

Text der Unterschriftenkampagne:

Massaker gegen Frauen, ob offen oder verdeckt, werden auch im 21. Jahrhundert immer noch durchgeführt. Für uns ist der Maßstab für eine demokratische und freie Gesellschaft und einen demokratischen Staat das Niveau der Freiheit und der demokratischen Rechte von Frauen. Wenn wir die heutige Welt betrachten, ist in erster Linie in Staaten des mittleren Ostens zu sehen, dass Frauen Opfer physischer und psychischer Gewalt werden. Frauen werden immer noch im Namen von Traditionen, Glauben oder per Gesetz mit rückständigen Maßstäben verurteilt und 'bestraft'. Eine der grausamsten Methoden ist die Ermordung durch Steinigung, die in mehreren Ländern eine gängige Strafe für Ehebruch, sowohl für Frauen als auch für Männer. In vielen Ländern der Welt wird der weibliche Körper über religiöse oder traditionelle Motive beherrscht.

Die Bestrafung eines dieser Traditionen widersprechenden Verhaltens wird legitimiert. Obwohl Frauenrechte Menschenrechte sind, ist die Strafe der Steinigung vor allem in Ländern wie Iran, Afghanistan, Pakistan und Saudi-Arabien verfassungsrechtlich verankert und somit rechtlich legitimiert.

Wir, die UnterzeichnerInnen, stehen für Demokratie, Freiheit, für Menschen- und vor allem Frauenrechte. Durch unsere Unterschrift sagen wir Nein zur Vereinnahmung des Lebens von Frauen und zur Steinigung. Wir fordern die absolute Einstellung dieser Strafe. Die Steinigung muss als Verbrechen gegen die Menschheit anerkannt werden. Zum weiteren rufen wir die UNO auf, Steinigungen auf die eigene Tagesordnung zu setzen und Druck auf die Länder auszuüben, in denen diese Strafe praktiziert wird.

Außerdem rufen wir die UNO sowie alle internationalen Menschenrechtsorganisationen dazu auf, überall Kampagnen zu diesem Thema durchzuführen. Diese Kampagnen und Aktionen sollten darauf ausge-

richtet sein, das Verbot der Steinigung rechtlich zu verankern.

Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V., cenifrauen@gmx.de

Einladung zur Verschrottungsaktion für zerstörerische Wirtschaftsdogmen

Der Wirtschaftsschrott wird so nicht flott! Frauen fordern eine neue Wirtschaftspolitik! Neoliberale Wirtschaftspolitik hat vor allem Frauen geschadet und dazu beigetragen, dass die Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen größer geworden und die Kluft zwischen Reich und Arm enorm gewachsen ist. Wenn die, die am härtesten arbeiten, am meisten verdienen würden, wären Frauen Multimillionärinnen! Es gibt viele neoliberale Dogmen, denen die Politik in den letzten 20 Jahre gehuldigt und dadurch die jetzige Finanzkrise verschuldet hat? Deregulierungen und ungerechte Steuerpolitik mit Geschenken für Vermögende zulasten von LohnempfängerInnen, Abbau des Sozialstaates, Kaputt-Sparen bei Bildung und öffentlichen Einrichtungen und vieles mehr??? Die Mittel für Bankenhilfspakete u.ä. werden mit dem Geld der durchschnittlichen SteuerzahlerInnen finanziert und fehlen u.a. für eine adäquate Grundsicherung, qualitätsvolle soziale Infrastruktur, wie Bildung, Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung, öffentlicher Verkehr, beim ökologischen Umbau der Wirtschaft und in anderen Bereichen. Frauen haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten für all diese Bereiche und für die Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Macht wegweisende Vorschläge vorgelegt. Jetzt ist die Zeit diese umzusetzen und so die Wirtschaft flott zu machen.

Anlässlich des Internationalen Frauentags füttern wir unsere Verschrottungsmaschine mit all den überholten Wirtschaftsdogmen und mit den Prämien, die wir dafür kriegen, finanzieren wir eine frauen- und sozial gerechte Politik: Einführung von Vermögenssteuern und Transaktionssteuern, Investitionen in Bildung und soziale Infrastruktur, allgemeine Arbeitszeitverkürzung, repressionsfreie Grundsicherung und vieles mehr ?

Eine Aktion der Gruppe „Frauen und Armut“ der Armutskonferenz. Weitere Informationen: www.frauenarmut.at. Die Ar-

mutskonferenz. AG Frauen und Armut ,
Gumpendorferstr. 83, 1060 Wien

Verfassungsschutz sucht unter Hartz-IV-EmpfängerInnen „Observationskräfte“

und „Truppführer für den mobilen Einsatz“. Die in Nürnberg sitzende Bundesagentur für Arbeit (BA) hat in Berlin Anfang des Jahres 2009 mehreren Dutzend Hartz-IV-EmpfängerInnen mit Leistungskürzungen gedroht, sollten diese nicht dazu bereit sein, sich beim Inlandsgeheimdienst als „Observationskräfte“ und „Truppführer für den mobilen Einsatz“ zur Verfügung zu stellen. Einziges „Anforderungsprofil“ für die neuen Schlapphüte sei „ein Interesse an politischen Zusammenhängen“, „körperliche Fitness“, „die Bereitschaft zur Unterziehung einer Sicherheitsprüfung“ und „eine flexible Arbeitszeitgestaltung“.

Seit Jahrzehnten weist die Rote Hilfe darauf hin, dass alles Erdenkliche unternommen werden sollte, den Verfassungsschutz (VS) komplett aufzulösen – und nun scheint er offenbar selbstverschuldet unter „Spitzel-Mangel“ zu leiden und zur einzigen aus diesem Umstand zu ziehenden Konsequenz nicht fähig zu sein. Im Gegenteil: Der VS will nun - um diesem Missstand Abhilfe zu leisten – die sozial tief greifende Notlage von Menschen ausnutzen, deren frühere Lohnabhängigkeit durch eine finanzielle Abhängigkeit vom behördlichen Wohlwollen ersetzt wurde - was in den meisten Fällen bedeutet, sich den diskriminierenden und menschenunwürdigen „Gepflogenheiten“ der so genannten Arbeits-Agenturen unterzuordnen. Dass sich diese nun aber auch noch zu Erfüllungsgehilfen einer im Geheimen operierenden Behörde machen lassen, ist ein Skandal! Einer Behörde, deren gesellschaftlich unkontrollierbare Aufgabe auf Bundes- und Länderebene darin besteht, die durch das Grundgesetz garantierte „freiheitlich-demokratische Grundordnung vor Unterwanderung und Bekämpfung durch Verfassungsfeinde zu schützen“ und Auskünfte, Nachrichten und sonstige Unterlagen über „Bestrebungen zu sammeln und auszuwerten, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung im Bund oder in einem Land oder eine unge-

setzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder der Länder zum Ziele haben“. (aus den entsprechenden Regelungen zur Arbeit des Verfassungsschutzes in § 3, Absatz 1)

Belohnt werden sollen die neuen SpitzeltruppführerInnen mit einer BeamtInnenlaufbahn des gehobenen Dienstes und einer Sicherheitszulage. Bestraft werden sollen sie bei einer Weigerung mit Leistungskürzungen und mit der Pflicht, ihre „religiösen oder ethnischen Gründe“ der Arbeitsagentur gegenüber darzulegen.

Man stelle sich das vor: Ein Mensch, der im Rahmen der unsäglichen Hartz-IV-Reglementierung ein Leben unter dem Existenzminimum zu fristen und sich behördlichen Schikanen auszuliefern hat, soll plötzlich zu einem Mitarbeiter des innerstaatlichen Geheimdienstes werden, der in erster Linie Informationen aus allen Quellen über alles sammelt, was er als „verfassungsfeindlich“ ansieht. Die Quellen reichen dabei von Informationen direkt von der Polizei bis hin zu elektronischen Abhörmaßnahmen von Telefonen und Wohnungen. Zusätzlich arbeitet er aber auch im Untergrund und greift durch V-Leute und Spitzel, die jetzt aus dem Hartz-IV-Pool kommen sollen, aktiv in politische Ereignisse ein. Oft verbreiten VS-MitarbeiterInnen Gerüchte und Lügen oder stiften selbst andere zu Straftaten an. Als einfache und kostengünstige Möglichkeit, linke Zusammenhänge auszuforschen, nutzt der Verfassungsschutz Spitzel und InformantInnen in allen möglichen politischen Zusammenhängen und deren Umfeld.

Nach wie vor gilt: Geheimdienste auflösen! Hartz-IV-EmpfängerInnen nicht in VSlerInnen verwandeln!

*Presseerklärung der Roten Hilfe Göttingen
www.rote-hilfe.de*

Freiheit für Zeynep Celaliyan

Internationaler Aufruf für die Abschaffung der Todesstrafe im Iran

Zeynep Celaliyan: Seit 8 Monaten wird diese Frau in Kirmasan (iranischer Teil Kurdistans) unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der „Partei für ein freies Leben in Kurdistan“ (PJAK) als politische Gefangene eingekerkert.

Zeynep Celaliyan: Eine kurdische Menschenrechtsaktivistin, die sich einzig für die

demokratischen Rechte von Frauen und des kurdischen Volkes engagiert.

Zeynab Celaliyan: Wird allein aus diesem Grund extremer Folter unterzogen. Durch diese Qualen erlitt sie schwere gesundheitliche Schäden.

Zeynab Celaliyan: Am 14. Januar 2009 hat die islamische Republik Iran die Todesstrafe über Frau Celaliyan verhängt. Die Verhandlung dauerte nur 7 Minuten und fand ohne jeden rechtlichen Beistand statt.

Zeynep Celaliyan: Eine von Hunderten Menschen, die gegenwärtig im Iran zum Tode verurteilt sind und denen die Vollstreckung droht. Obwohl die überwältigende Mehrheit der Regierungen durch die Anerkennung der „Allgemeinen Erklärungen der Menschenrechte“ sowie ratifizierte internationale Verträge und Resolutionen sich für Einhaltung von Menschenrechten und Abschaffung der Todesstrafe ausgesprochen haben, gehört Iran zu den wenigen Staaten, die mit steigender Tendenz Hinrichtungen verhängen und vollstrecken. Die dokumentierte Bilanz über die Hinrichtungspraxis Irans ist erschreckend. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen wurden im Jahr 2007 insgesamt 265 Menschen hingerichtet. 2008 stieg diese Zahl auf 381. In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden bereits mindestens 65 Menschen hingerichtet.

Wir erleben solch erschreckende Gewalt und grausame Unterdrückung in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts. Das Entsetzen, das dem angemessen ist, begründet unsere Sehnsucht nach Frieden und Gerechtigkeit sowie nach einem würdigen Leben für alle Menschen dieser Erde.

Aus diesem Grunde setzen wir uns dafür ein, jegliche Unterdrückung menschlicher Existenz aufzuheben. Unsere Initiative ist unparteiisch - parteiisch aber sind wir in Anbetracht der gegenwärtigen Herrschaftskämpfe in unserem absoluten Votum für die Menschenrechte. Die Todesstrafe ist stets ein barbarischer Akt und ein andauerndes Menschheitsverbrechen.

Wir fordern die Autoritäten der Islamischen Republik Iran dazu auf, endlich die Todesstrafe abzuschaffen und sich auf die internationalen Menschenrechtsabkommen zu verpflichten.

Zeynab Celaliyan: Wir fordern die Aufhebung der Todesstrafe gegen Frau Celaliyan und ihre sofortige Freilassung.

Nachricht von ceni_frauen@gmx.de

Themen

Der Amokläufer von Winnenden

Alice Schwarzer analysiert die Tat. Motiv: Frauenhass. Und sie fordert eine Erziehung zu mehr Menschlichkeit statt Männlichkeit:

Im EMMAonline-Forum begann die Debatte bereits wenige Stunden nach dem Massaker. "Warum sind Amokläufer fast ausschließlich männlich?" fragt die Unternehmerin Susanne Weimann (alias Ms Brainshaker). Und Schauspieler Gerd Burmann aus Köln klagt: "Mich macht es fuchsteufelswild, wenn ich höre, der Amokläufer hätte wahllos um sich geschossen. Er hat gezielt in die Köpfe von Mädchen geschossen. Das ist alles, aber nicht wahllos. Wieso wird das nicht deutlich gesagt?"

Die Polizei sagte es auf ihrer ersten Pressekonzferenz am 11. März noch unmissverständlich: "Auffällig ist, dass es sich bei den Opfern vor allem um Mädchen handelte." In der Tat: Von insgesamt 19 Opfern in der Schule – von denen zwölf tot sind und sieben verletzt – sind 18 weiblich, also 95 Prozent.

Was eigentlich wäre los, wenn Tim K. in einer gemischten deutsch-türkischen Klasse zu 95 Prozent Türken erschossen hätte? Die Hölle wäre los! Im ganzen Land gäbe es Proteste und Demonstrationen gegen die Ausländerfeindlichkeit. Doch in diesem Fall hat es sich ja nur um Frauenfeindlichkeit gehandelt.

Der Amokläufer war keineswegs wahllos, er hat seine Opfer durch gezielte Kopfschüsse regelrecht hingerichtet. Tim K. erschoss drei Lehrerinnen und acht Schülerinnen, sieben weitere überlebten. Nur einer der Toten in der Schule war männlich: ein Junge albanischer Herkunft. Erst außerhalb der Schule hat er dann auf der Flucht wahllos um sich geballert und dabei

auch noch drei zufällig anwesende Männer getötet.

Damit ist das Drama in der schwäbischen Kleinstadt Winnenden das erste Massaker mit dem Motiv Frauenhass in Deutschland – und das zweite weltweit in einem Nicht-Kriegsland.

Doch welche Schlüsse werden daraus gezogen? Die ARD-Nachrichten sprachen am zweiten Tag von "drei Lehrern und neun Schülern", die getötet worden seien. Und die politischen TV-Magazine problematisierten am Abend danach zwar den privaten Waffenbesitz oder den jugendlichen Internetkonsum. Zu recht. Doch dieser zentralste, offensichtlichste Aspekt – der Frauenhass – kam mit keinem Wort mehr vor. Am dritten Tag erwähnten zum Beispiel FAZ und SZ in ihren ausführlichen Erörterungen des Dramas zwar in einem Satz, dass Tim K. gezielt auf Mädchen geschossen und einen "Hass auf Frauen" (*Süddeutsche Zeitung*) hatte. Und welche Schlüsse wurden daraus gezogen? Keine.

Der 17-Jährige kommt aus einem wohlstuierten Elternhaus, der Vater ist Unternehmer. Er galt als verklemmt und war ein schlechter Schüler, hatte im vergangenen Jahr jedoch den Realschulabschluss geschafft und danach eine Lehre angetreten. Tim K. soll sich früher von einer Lehrerin "gemobbt" gefühlt haben: "Er hat sie regelrecht gehasst, wie Frauen allgemein", so ein Nachbar der Familie zu *Bild*.

Am Tag darauf, am 13. März, interviewt *Bild* dazu Dieter Lenzen, den Präsidenten der Freien Universität Berlin. Der Erziehungswissenschaftler erklärte: "Die Jungen sind die Verlierer im deutschen Bildungssystem." Und er wusste auch schon warum: "Vor allem die Tatsache, dass Jungen schon in der Grundschule meistens von Lehrerinnen unterrichtet werden, verhindert, dass sie eine männliche Identität ausbilden können."

Eine "männliche Identität" – was ist das? Wohin die Verunsicherung eines Mannes führen kann, das hatte am 6. Dezember 1989 in Kanada Marc Lepine gezeigt. Der 25-Jährige stürmte einen Unterrichtsraum der Montrealer Ecole Polytechnique mit

dem Ruf: "Ich will die Frauen!" Sodann erschoss er 14 Ingenieur-Studentinnen und schrie: "Ihr seid Feministinnenpack. Ich hasse Feministinnen!" Am Schluss tötete er sich selbst. Der in der Tat zwischen den Identitäten, zwischen verschiedenen Männlichkeitsmodelle, zerrissene Sohn einer Kanadierin und eines Algeriers war ein arbeitsloser Elektriker, der nicht an der Ingenieursschule angenommen worden war.

Auch der Jugendliche Tim K. scheint als Mann verunsichert gewesen zu sein. Doch es gibt keine Anzeichen dafür, dass es ihm an männlichen Vorbildern mangelte. Im Gegenteil, sein Vater inszeniert sich offensichtlich als He-man: Er gilt als "Waffenarr", ist Mitglied des örtlichen Schützenvereins, besitzt insgesamt 15 Waffen und in seinem Waffenschrank fand die Polizei 4.600 (!) Schusspatronen. Der Sohn, der häufig mit dem Vater Schießübungen machte, entwendete die 15. Waffe, die unverschlossen im Schlafzimmer lag, und Hunderte von Patronen dazu. Das hätte noch für viele Menschen gereicht.

Tim K. befand sich seit seiner Musterung in psychiatrischer Behandlung, er hatte die Therapie jedoch nach fünf Sitzungen abgebrochen. Der 17-Jährige soll "Depressionen" gehabt haben. Wir alle kennen depressive Frauen. Morden sie? Nein, höchstens sich selbst.

Es ist keineswegs eine Überraschung, dass der unauffällige Tim K. Porno- und Gewaltvideos konsumierte und täglich Stunden im Internet surfte. Seit er das tat, soll er sich verändert haben. Vielleicht sollte also statt über seine früheren Lehrerinnen eher über sein heutiges Paralleleben in einer virtuellen Welt voller gewalttätiger Helden nachgedacht werden?

Schon im Frühling 2007 schlug der Münchner Neuropsychologe Prof. Henner Ertel Alarm. Sein "Institut für rationelle Psychologie" macht seit 30 Jahren Langzeitstudien zu den Auswirkungen von Pornografie. Bei der Auswertung der Daten aus den letzten 20 Jahren stellten die WissenschaftlerInnen "eine dramatische Entwicklung in den letzten fünf Jahren" fest: "Was da auf unsere Gesellschaft zu-

kommt, ist das Grauen." Die Psychologen registrierten veränderte Verhaltensweisen – "Gewalt ist heute in legitimes Mittel, Ansprüche durchzusetzen" – und die Neurologen Veränderungen im Gehirn: "Das Gehirn passt seine Verarbeitungsstrategien an und schützt sich gegen die Flut von Gewalt und Pornografie durch Abstumpfung."

Prof. Ertel: "Emotionale Intelligenz und Empathiefähigkeit haben bei den Jugendlichen enorm abgenommen. Sexualität ist heute für die Mehrheit der jungen Männer, aber auch für viele junge Frauen unlösbar mit Gewalt verknüpft." Mehr noch: Das allgemeine Einfühlungs- und Mitleidsvermögen sinkt rapide.

In quasi allen Fällen von Männergewalt in Friedenszeiten spielt der Männlichkeitswahn - also die verunsicherte Männlichkeit verbunden mit einem Größenwahn - eine zentrale Rolle. Die männlichen Allmachts- und Todesfantasien sind das Dynamit. Da kann eine – vermeintliche – Kränkung durch eine Frau (wie zum Beispiel eine Zurückweisung) leicht zum auslösenden Funken werden.

Diese Jungen sind wandelnde Zeitbomben. Und es ist zu befürchten, dass Tim K. aus dem Eigenheim in der idyllischen schwäbischen Kleinstadt nicht der letzte Amokläufer war. Wie aber können potenzielle Opfer in Zukunft geschützt werden, vor allem: Wie kann verhindert werden, dass diese „Verlierer“ zu Verbrechern werden? Ganz sicher nicht durch ein mehr an Männlichkeit, wie Professor Lenzen es fordert, sondern nur durch das Gegenteil: durch ein Mehr an Menschlichkeit!

Auf der ersten Pressekonferenz nach der Tat erhob ein hilfloser Polizeichef die Forderung nach Einlass-Chips für Schulen. Er scheint immer noch nicht verstanden zu haben, dass das Böse nicht von draußen kommt. Es ist mitten unter uns. Es sind unsere eigenen Söhne, Nachbarn und Mitschüler, die zu Vergewaltigern und Mördern werden. Wir können uns vor diesen ausrastenden Jungen mitten unter uns nicht schützen.

Wir können sie nur vor sich selbst schüt-

zen. Das Rezept dazu heißt: aufmerksame, zugewandte Eltern und LehrerInnen, mehr Psychologen und Sozialarbeiter in Schulen und Jugendhäusern – sowie eine Erziehung nicht etwa zum Selbstmitleid und zur "Männlichkeit", sondern zur Mitleidsfähigkeit und Menschlichkeit. Doch vor dem ersten Schritt zur Änderung der Verhältnisse muss die Bereitschaft stehen, die Wurzeln des Übels zu erkennen. Und sie endlich auch zu benennen! Alice Schwarzer, 13.3.2009, *EMMAonline*

**Sorglos.
Feministische Anmerkungen
zur Finanzkrise
von Uta von Winterfeld**

Die „Finanzkrise“ als Unfall, als versehentliche Entgleisung zu interpretieren hieße, ihre Beschaffenheit und die ihr innewohnenden Herausforderungen zu verkennen. Was macht diese Krise aus und was hat in sie hinein getrieben?

**Erste Anmerkung:
Zum Schuldenzwang und zum Leben
auf Kredit**

Die „Finanzkrise“ und die ökologische Krise haben Gemeinsamkeiten. Eine solche liegt in dem krisenauslösenden Moment, heute mehr zu verbrauchen als bis und für morgen (wieder) zur Verfügung stehen kann – das Wirtschaften und Leben auf Kosten der Zukunft.

In Deutschland zeigt sich dies beispielsweise daran, dass die Beratung der mehr und mehr überschuldeten Privathaushalte zunimmt und andere Bereiche der Verbraucherberatung zurückdrängt. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Situation krasser – die ganze amerikanische Gesellschaft ist auf Kredit gebaut. Entsprechend basiert auch der Konsum größtenteils auf Krediten und die heute so genannte „Finanzkrise“ begann 2007 als Subprime- oder Immobilienkrise. Viele Menschen konnten ihre Hypothekenkredite für den Hauskauf nicht zurückzahlen, weil die Zinsen stiegen und die Konjunktur schwächelte. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass die von den Banken verbrieften Derivate und weltweit gehandelten Hypothekenkredite durch die Rating-Agenturen völlig falsch und viel zu hoch bewertet waren. Was aber treibt zum Wirt-

schaften auf Pump? Die Ursachen liegen zum einen in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, die lange schon die eigentliche Nachfrage übertreffen würde, wenn es nicht auf allen Ebenen billige Kredite gäbe. Zum anderen setzte die dritte industrielle Revolution (der Mikroelektronik) einen Rationalisierungsprozess neuer Qualität in Gang, der Arbeitskräfte schneller überflüssig machte, als die Märkte sich ausdehnen konnten. Diese doppelte Schwäche der Nachfrageseite kann jedoch von einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik kaum gelöst werden.

Zweite Anmerkung:

Zum Wachstumszwang und zum Hunger nach Mehr

Eine weitere Gemeinsamkeit von „Finanzkrise“ und ökologischer Krise liegt darin, dass sie durch die Verweigerung von Begrenzung ausgelöst werden: Ökologische, ökonomische und soziale Grenzen des Wachstums werden ignoriert. Dabei ist es eine merkwürdige Logik, dass nur genug sein kann, was mehr wird. Diese Logik speist sich aus dem Knappheitspostulat und aus der Annahme der Unersättlichkeit: Für die unendlichen Bedürfnisse der Vielen ist niemals genug vorhanden. Eine solche Konstruktion ist womöglich nicht zwangsläufig. Sie entspricht allerdings dem Kapital: Geld, das Lust hat, mehr zu werden – und sich selbst nicht genügen kann.

Das grenzüberschreitende Moment der „Finanzkrise“ liegt zum einen darin, dass die Ausdehnungsgrenzen der realen Güter- und Dienstleistungsmärkte durch die Schaffung spekulativer Finanzmärkte kompensiert werden sollten. Zum anderen liegt es darin, dass zur Lösung der Kaufkraftschwäche Finanzprodukte entwickelt und damit virtuelle Kaufkraft erzeugt wurde. So entstand anstelle des gegenwärtig erzeugten Mehrwerts ein Vorgriff auf zukünftigen Mehrwert. Damit ist die oft erwähnte „Gier“ nicht nur und auch nicht vor allem das Problem einiger skrupelloser Akteure. Vielmehr ist sie Ausdruck eines Systems, das seine Systemgrenzen partout nicht wahrhaben will und deshalb zu den absurdesten Verrenkungen ausholt.

Dritte Anmerkung:

Zum Ausbeutungszwang und zur Verkenning von Sorge

Eine dritte Gemeinsamkeit von „Finanzkrise“ und ökologischer Krise liegt in der Degradierung des Lebensnotwendigen oder des für das gute Leben Notwendigen zur Ressource.

Ist eine Wirtschaftsweise auf Effizienz (mit möglichst wenig möglichst viel zu erreichen) und Gewinnmaximierung ausgerichtet, so tendiert sie dazu, sich Naturgüter und Sozialgüter als Ressourcen einzuverleiben. Diese Ressourcen sollten möglichst billig, wenn nicht kostenlos sein. Damit Werte erzeugt werden können, muss es etwas Wertloses, etwas zu Verwertendes geben. Und für das auszubeutende „Material“, für seine Qualität und Regenerationsfähigkeit kann keinerlei Verantwortung übernommen und keinerlei Sorge getragen werden.

Genau hier setzt die feministische Kritik an und fordert, diese groteske Umkehrung vom Kopf auf die Füße zu stellen. Wirtschaften dient der Versorgung (providing) der breiten Bevölkerung mit dem alltäglich Notwendigen. Wirtschaften ruht auf dem Handlungsprinzip der Sorge (care). Sorgen und Fürsorgen sind Tätigkeiten, welche die Erde so erhalten, fort dauern lassen und wiederherstellen, dass Menschen so gut wie möglich auf ihr leben können.

Derzeit aber gibt es der Schweizer Ökonomin Mascha Madörin zufolge nur drei Möglichkeiten, mit sorgenden Tätigkeiten in Bereichen wie Gesundheit, Erziehung oder anderer „persönlicher Dienstleistungen“ markante Gewinne zu erzielen:

- mit Privatkrankenhäusern und Eliteschulen für Reiche
- durch die Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen für alle anderen
- durch nicht existenzsichernde Löhne.

Daraus folgt mehr als die Eindämmung der aktuellen Finanzkrise: Es ist das Wirtschaften selbst, das von seinen Grundprinzipien her verändert und erneuert werden muss – von einem sorglosen zu einem sorgsamem Wirtschaften. In diesem bilden die bislang zumeist von Frauen bezahlt wie unbezahlt verrichteten Tätigkeiten der Sorge und Versorgung den Ausgangspunkt.

Quelle: genanet – Leitstelle Gender | Umwelt | Nachhaltigkeit, c/o LIFE e.V. Dircksenstr. 47 | 10178 Berlin, leitstelle@genanet.de | www.genanet.de

Nachrichten

Konservative sind größte Porno-Konsumenten

US-Studie: Bewohner Utahs beste Online-Kunden auf Erwachsenen-Seiten. Online-Sex immer noch ein lukratives Geschäft

Einer US-weiten Studie zum Thema Pornokonsum zufolge sind die Konservativen die größten Nutzer von einschlägigen Seiten im Web. Die Studie von Benjamin Edelman <http://www.benedelman.org> von der Harvard Business School zeigt auch deutlich, dass der Konsum von Videos und Magazinen immer weiter abnimmt und der Trend eindeutig in Richtung Web geht. Die Studie wurde im Journal of Economic Perspectives veröffentlicht. Edelman, der nebenberuflich als Konsulent bei Microsoft und AOL zur Aufspürung von Betrügereien beschäftigt ist, hatte für seine Untersuchung Kreditkartenabrechnungen zwischen 2006 und 2008 mit dazugehörigen Postleitzahlen zur Verfügung.

Das Studienergebnis sei nicht wirklich verwunderlich, meint die Psychologin Caroline Erb von der Online-Partneragentur Parship <http://www.parship.at> im presstext-Gespräch. Das Internet bietet den Konsumenten die Möglichkeit sich in der Anonymität zu verstecken. Es sei also nicht mehr nötig selbst aktiv zu werden und Barrieren zu überwinden, um an einschlägige Videos oder Magazine zu kommen. "Alles wird frei Haus via Internet geliefert." Bei Konservativen sei häufig eine Verleugnung der eigenen sexuellen Wünsche bemerkbar. Zu Hause werde heilige Familie gespielt, in der Freizeit würden die Wünsche und Sehnsüchte dann erfüllt. "Das ist das klassische Doppelleben", so die Psychologin. Es gebe mehrere Beispiele ganz eigenartiger Biographien unter konservativen Politikern, die im Prinzip auf ein solches Doppelleben hinweisen.

In dem als sehr konservativ geltenden Bundesstaat Utah ist die Zahl der mit Kreditkarten zahlenden Konsumenten von Pornowebsites mit 5,47 auf 1.000 Breitbandnutzer US-weit am höchsten. Die wenigsten Internetuser auf einschlägigen Seiten finden sich mit 1,92 im Bundesstaat

Montana. Im relativ starken Mittelfeld - auf Rang zehn bis 41 - liegen die Raten zwischen 2,94 und 2,34. Acht der Top-Ten-Pornonutzer fanden sich in Bundesstaaten, die bei der letzten Wahl überwiegend den konservativen Präsidentschaftskandidaten McCain gewählt hatten. Ausnahmen bildeten Hawaii und Florida. Sechs der zehn geringsten Nutzer-Communitys waren in Bundesstaaten, die Obama bevorzugten. Auffällig war auch, dass Bewohner in jenen 27 Staaten, die gegen die gleichgeschlechtliche Partnerschaft waren um elf Prozent mehr Porno-Konsumenten aufwiesen. Sehr interessant sei zudem auch die Korrelation von Einwohnern aus Bundesstaaten, deren Slogan "Ich habe konservative Werte über Familie und Heirat" lautet und dem Pornokonsum. Sie surfen 3,6 mal häufiger auf Sexseiten als jene, die diesen Slogan nicht unterschreiben.

"Eine gute Aufklärung zu Hause ist ein wesentlicher Punkt, um mit dem Thema Sexualität offen umgehen zu können und einen natürlichen Zugang dazu zu bekommen", meint Erb. Die Psychologin warnt davor, dass gerade Pornoseiten falsche Ideale vermitteln. "Das Tabuisieren schaffe es nicht, das Thema einfach vom Tisch zu kehren. "Je liberaler der Umgang, desto offener wird die Diskussion", so die Expertin. Dazu gehöre auch, den Jugendlichen zu vermitteln, dass das, was auf den einschlägigen Seiten vermittelt werde, nicht der Realität entspreche.
<http://presstext.austria>

Selbsthilfeplattform für Rechtsprobleme

Online-Portal checkmycase.com nutzt Wissen der Community

Mit "check my case" ist eine Rechtsberatungsplattform der besonderen Art gestartet. Denn anstatt auf hochbezahlte Anwälte setzt die juristische Selbsthilfegruppe auf das gemeinsame Wissen der Community. "Auf der Plattform diskutieren die Nutzer über juristische Fälle. Die Usergemeinschaft entscheidet schließlich darüber, ob jemand mit seinem Rechtsproblem vor Gericht Chancen hätte, zu gewinnen", erläutert Alexander Skoff, Jurist und zuständiger Projektverantwortlicher, im Gespräch mit presstext. Hinter der Plattform steht die

Juranovit ForschungsGmbH unter der Leitung von Zivilrechtsprofessor Wolfgang Zankl.

„check my case“ deckt Rechtsfragen quer durch alle Disziplinen ab. Egal ob Mietrechtsstreit, Steuerfragen, Versicherungsstreitigkeiten, Autounfälle, Arbeitsrecht oder Konsumentenschutz - User können zu jedem Problem einen eigenen Case anlegen, indem sie die Sachlage beschreiben. Die übrigen Nutzer müssen nun entscheiden, wie chancenreich der Gang vor Gericht wäre. Fünf Bewertungsstufen - von "Keine Chance" bis zu "So gut wie gewonnen" - stehen den "Judges" genannten Usern zur Verfügung. Zusätzlich gibt es zu jedem Fall ein Forum, wo das Rechtsproblem diskutiert wird oder die Entscheidung begründet werden kann.

"Die Community-Plattform richtet sich in erster Linie an Rechtsinteressierte und Hobbyjuristen und soll neben der Erörterung von juristischen Fällen auch einen gewissen Unterhaltungswert für die User haben", meint Skoff. Diskutiert werden neben Fällen zu Stalking oder Familienrechtsstreitigkeiten auch amüsante Rechtsfragen. "Komme ich bei meiner Versicherung in eine Malusstufe, wenn ein Autodieb mit meinem Wagen einen Unfall verursacht?" oder "Kann ich unbeliebte Weihnachtsgeschenke beim Händler wieder gegen Geld eintauschen?" sind nur einige der aufgeworfenen juristischen Probleme.

Die juristische Richtigkeit und die tatsächliche Erfolgschance vor dem Richter kann auch die Durchschnittsweisheit der einzelnen User natürlich nicht garantieren. Aus diesem Grund wollen die Betreiber professionelle Juristen anwerben, die auf Fragen der User im Bedarfsfall sachkundige Antworten liefern können. In diesem Sinne könnte check my case auch als Werbe- und Präsentationsplattform für Anwaltskanzleien dienen. "Juristen können hier ihre Visitenkarte innerhalb ihres Userprofils online stellen. Sollte sich ein User schließlich für den Gang vor Gericht entschließen, hätte er hier sogleich eine Auswahl an kompetenten Anwälten zur Verfügung", erläutert Skoff die weiteren Pläne für die Plattform. Die Betreiber sehen die Entwicklung seit dem Start im Herbst bisher

durchwegs positiv und hoffen auf eine künftige kommerzielle Ausrichtung der Seite. In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob die Plattform in eine professionelle Richtung geht oder ein Spielplatz für Jus-Studenten und Hobbyjuristen bleibt.

<http://www.checkmycase.com>

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=090214002>

Dokumentation Lesben und Alter

Die Dokumentation zur 4. bundesweiten Tagung „Lesben und Alter“ mit einem Vorwort von Carolina Brauckmann ist erschienen.

Lesbische Frauen im Alter sind eine Zielgruppe, die häufig in besonderer Weise von Diskriminierung betroffen ist. Lesben und Alter ist ein Tabu-Thema in der SeniorInnenarbeit. Aufklärung und Abbau von Diskriminierung sowie die Verbesserung der Lebenssituation älterer Lesben waren wesentliche Ziele der Tagung. Die Vernetzung der Projekte im Bundesgebiet untereinander und die Entwicklung der Projekte in den einzelnen Bundesländern wurden unterstützt. Ziel war es auch, die zuständigen Behörden und die Politik zu bewegen, die Interessen lesbischer Frauen zu benennen und zu berücksichtigen.

Inhalte:

- die Vorträge und Workshops mit den Themen von Brigitte Siegel „Wir sollten nicht die Asche bewahren, sondern das Feuer weitergeben“ und Astrid Osterland „Facetten des Alterns und den Traum vom gemeinschaftlichen Leben“
- die Workshops „Netzwerke „Lesben und Alter“ in den Niederlanden“ mit Andrea Vogelsanger, Koordinatorin von Schorer Buddyzorg, Institut für homospezifische Gesundheit und Prävention in Amsterdam und „Netzwerke für Lesben im Alter - Perspektive und Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes „Lesben und Alter“ mit Bea Trampenau.
- die Pflegeetage für Lesben und Schwule in Berlin des Asta Nielsen-Haus und Village e.V. hat Kerstin Wecker vorgestellt und Ulrike Schmauch die Broschüre zu den Ergebnissen einer Studie „Lesbische Frauen im Alter“ im Rhein-Main-Gebiet.
- Und weitere interessante Informationen.

Zu beziehen über: RuT-Rad und Tat e.V.,
Tel: 030-621 47 53,
radundtatberlin@arcor.de

Studie "Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen" bietet neue Erkenntnisse

Frauen werden keineswegs nur in sozialen Brennpunkten von ihrem männlichen Partner geschlagen, vergewaltigt, beschimpft oder gedemütigt. Auch in mittleren und hohen Bildungs- und Sozialschichten werden sie in einem viel höheren Maß Opfer von Gewalt, als dies bislang bekannt war. Das belegt die Studie "Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen", die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend heute in Berlin vorstellt. "Die Ergebnisse der Untersuchung sind erschreckend und müssen uns alle wachrütteln", erklärt die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen. "Gewalt gegen Frauen ist kein Problem am Rande unserer Gesellschaft, sondern findet in allen Schichten mitten unter uns statt. Für viele Frauen sind Schläge, Tritte und Beschimpfungen zu einem entsetzlichen Alltag geworden. Wir müssen alles tun, um diese Gewalt zu verhindern und abzuwehren. Die Bundesregierung hat mit dem Aktionsplan II zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen mehr als 130 Maßnahmen auf den Weg gebracht. Jetzt müssen wir die Beratung für die betroffenen Frauen weiter verbessern und besonders Angebote für diejenigen schaffen, von denen wir bislang gar nicht wussten, wie sehr sie Opfer von Gewalt werden. Auch Berufsgruppen wie Ärzte müssen wir weiter für diese Problematik sensibilisieren. Die Polizei muss die neuen Erkenntnisse bei ihren Einsätzen gegen häusliche Gewalt berücksichtigen."

Für die Studie wurden die Fälle von 2.143 Frauen untersucht, die mindestens einen körperlichen und/oder sexuellen Übergriff durch einen männlichen Partner erlebt haben. Mehr als ein Drittel dieser Frauen wurde dabei sogar sehr schwer bis lebensbedrohlich misshandelt (Verprügeln, Zusammenschlagen, Würgen, Verbrühen, Bedrohung oder Verletzung mit einer Waffe, Vergewaltigung).

Die Studie kommt unter anderem zu folgenden Ergebnissen:

- Trennung oder Scheidung erhöhen deutlich die Gefahr für die Frau, Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt durch den Partner zu werden. Frauen in dieser Situation benötigen daher gezielte Unterstützung. * Die Androhung von Gewalt durch den Mann ist ernst zu nehmen, da die Drohung sehr häufig in die Tat umgesetzt wird.
- In fast zwei Dritteln der Fälle ist schwerste Gewalt gegen Frauen mit einem erhöhten Alkoholkonsum des Täters verbunden. Bei einem Drittel spielt Alkohol dagegen keine Rolle.
- Frauen unter 35 Jahren werden häufiger und stärker misshandelt, wenn beide Partner in einer schwierigen sozialen Lage sind, weil beide entweder über kein Einkommen, keine reguläre Erwerbsarbeit oder über keine Schul- und Berufsausbildung verfügen.
- Frauen über 45 Jahre sind vor allem dann von Gewalt betroffen, wenn sie über eine höhere Bildung verfügen oder wenn sie bei Bildung, Beruf und Einkommen dem Partner gleichwertig oder überlegen sind und damit traditionelle Geschlechterrollen in Frage stellen.

Fast 70 Prozent der Frauen, die von schweren körperlichen, psychischen und sexuellen Misshandlungen betroffen sind, beziehen ein eigenes Einkommen, gut ein Drittel verfügen sogar über mittlere bis hohe Einkommen. Mehr als 60 Prozent der betroffenen Frauen haben zudem einen mittleren oder hohen Schulabschluss und einen qualifizierten Beruf. 38 Prozent der misshandelten Frauen verfügen über die höchsten Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse (Abitur/Fachabitur oder Fach-/Hochschulabschluss oder Meister/Fachschulabschluss).

Ganz ähnlich sind die Ergebnisse auf Seiten der Täter. Nur drei Prozent der Männer, die ihre Frau schwer misshandeln, haben weder einen Schul-, noch Ausbildungsabschluss. 52 Prozent der Täter verfügen über niedrige und mittlere Abschlüsse und 37 Prozent über die höchsten Bildungs- und Ausbildungsgrade. Männer, die in ihrer aktuellen Beziehung schwere körperliche, sexuelle und psychische Gewalt ausüben, sind zudem mehrheitlich berufstätig und

nicht von Sozialleistungen abhängig. Rund zwei Drittel von ihnen leben mit ihren Partnerinnen in Haushalten mit mittlerem oder gehobenem Einkommen.

Darüber hinaus hat die große Mehrheit der Männer und Frauen in Gewaltbeziehungen keinen Migrationshintergrund. Gewalt, auch schwere Gewalt in Paarbeziehungen ist, wie die Untersuchung zeigt, nicht ein Problem sozialer Randgruppen, sondern findet bislang weitgehend unbemerkt in der Mitte der Gesellschaft statt.

Die Untersuchung "Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen" basiert auf der repräsentativen Studie "Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland", die 2004 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt wurde. Für die Studie waren mehr als 10.000 Frauen befragt worden. Diese umfangreichen Daten wurden für die nun vorliegende Untersuchung "Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen" neu ausgewertet, um genauere Aussagen über Ausmaß, Schwere und Kontext von Gewalt gegen Frauen zu ermöglichen.

Pressemitteilung des BMFSFJ Nr. 372/2009 vom 06.03.2009
www.bmfsfj.de

SPD kündigt Frauenquote für Aufsichtsräte an

Partei will nach den Wahlen Gleichstellungsgesetz festlegen - Quoten-Eingeständnis bei Müntefering: "Ohne geht das nicht".

Berlin - Die SPD will der Privatwirtschaft per Gesetz eine Frauenquote für Aufsichtsräte vorschreiben. Bis zum Jahr 2013 müsse in den Aufsichtsgremien ein Frauenanteil von mindestens 40 Prozent erreicht sein, sagte Parteichef Franz Müntefering am Dienstag in Berlin. "Das muss gesetzlich fixiert werden." Seine Partei wolle dies nach der Bundestagswahl in einem Gleichstellungsgesetz festlegen.

Über eine Frauenquote lasse sich zwar streiten, räumte der SPD-Chef ein, fügte aber hinzu: "Die Lebenserfahrung meiner Partei ist gewesen: Ohne geht das nicht." Die Sozialdemokraten hatten sich 1988 nach langem innerparteilichem Streit eine

Frauenquote von mindestens 40 Prozent bei Parteiämtern und Mandaten verordnet.

Vorbild Norwegen

Der SPD-Chef empfing in der Parteizentrale Vertreterinnen der "Nürnberger Resolution", einer Initiative für mehr Frauen in Führungspositionen. In Deutschland seien von den mehr als 1100 Aufsichtsratsmitgliedern in börsennotierten Unternehmen aufseiten der Anteilseigner nur drei Prozent Frauen. Noch weniger seien es europaweit nur in Portugal und Italien. In Norwegen gelte inzwischen eine gesetzliche Quote von 40 Prozent. Bei Verstößen drohe dort eine Geldstrafe und im schlimmsten Fall die Zwangsauflösung als Aktiengesellschaft. (Reuters, 18.03.2009)

Literatur

Carla del Ponte: Im Namen der Anklage *Meine Jagd auf Kriegsverbrecher und die Suche nach Gerechtigkeit*

Ein sehr wichtiges, lesenswertes Buch der Chefanklägerin (1999-2007) am – vom UN-Sicherheitsrat gegründeten - Den Haag Internationalen Strafgerichtshof für Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im ehemaligen Jugoslawien und Ruanda. Der aktuelle Haftbefehl des Strafgerichtshofs gegen den ersten amtierenden Regierungschef, den sudanischen Präsidenten Omar al Bashir, und dessen Reaktion u.a. mit dem Hinauswurf der Hilfsorganisationen aus dem Land, zeigt aufs Neue, worum es im Buch von Carla del Ponte geht: Die Selbstverständlichkeit zu brechen, mit der hochrangige Kriegsverbrecher ihre Gräueltaten für rechtmäßiges Handeln und sich für immun halten gegenüber jedweder Strafverfolgung.

Die Suche nach Gerechtigkeit für die Opfer wird als treibende Kraft für das engagierte und entschlossene Eintreten von del Ponte für einen Erfolg des Tribunals in der Durchsetzung der Verurteilung der Kriegsverbrecher auf den hochrangigsten Ebenen durchgängig im Buch deutlich. Beispielhaft ist ihre Konsequenz und Unnachgiebigkeit, mit der sie die Ziele des Tribunals verfolgt gegen die Vielzahl von Widerständen und Strategien der Täter und ihrer Lobby, sie

hinzuhalten, gegen die „muro di gomma“, die Gumm wand, laufen zu lassen, sie auszutricksen, zu bedrohen oder auch persönlich zu beleidigen. Carla Putana, Hure Carla, ist dabei z.B. der Versuch, sie auf der sexistischen Ebene zu treffen, was del Ponte ein müdes Lächeln gekostet haben dürfte. Die „muro di gomma“ machte ihr am meisten zu schaffen.

Del Ponte stellt das Leiden der Opfer - auch mit Originalauszügen aus ihren Reden vor dem Tribunal belegt - in das Zentrum ihrer Argumentationen der Anklage und sorgt dafür, dass die unvorstellbaren Grausamkeiten in Exjugoslawien und Ruanda, die bei den Recherchen für die Ermittlungen der Anwälte im Auftrag des Tribunals dokumentiert wurden und als Beweismaterial die Anklagen absicherten, sichtbar wurden und nicht in Vergessenheit gerieten. Vieles war dabei noch gar nicht bekannt wie z.B. die Folter der Opfer im Kontext wirtschaftlicher Ausbeutung: ihre Benutzung als Reserven für Organe, die ihnen zu Verkaufszwecken sukzessive entnommen wurden - bis zu ihrem Tod.

Del Ponte macht klar, dass das Tribunal kaum eine Chance gehabt hätte, die schlimmsten Täter anzuklagen, ihrer habhaft zu werden und sie zu verurteilen, wenn es nicht die Möglichkeit gegeben hätte, Druck auszuüben durch die Koppelung wirtschaftlicher Hilfen für die betreffenden Länder an die Auslieferung der Kriegsverbrecher an das Den Haager Tribunal. Hier nicht nachzulassen, den Druck aufrechtzuerhalten - dem galten viele der Gespräche von Carla del Ponte mit RegierungsvertreterInnen in Europa und den USA. Zahlreichen Tendenzen, den Druck abzuschwächen, trat sie konsequent entgegen und erinnerte immer wieder eindringlich an die Schwere der Anklagen und die unabdingbare Notwendigkeit, die Täter zur Verantwortung zu ziehen, um den Opfern gerecht zu werden, aber auch um präventiv zu wirken. Ihr persönlicher Einsatz in solchen Gesprächen, ihre Immunität gegen alle Versuche negativer Beeinflussung, scheint der Schlüssel ihres Erfolgs gewesen zu sein.

Bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Tribunal 2007 wurden vom Jugoslawien-Tribunal 161 Personen angeklagt und 91 inhaftiert, darunter als einer wichtigsten Verbrecher Milosović, der bekanntlich in der Haft

starb. Aber Carla del Ponte zweifelten nach ihrem Ausscheiden aus dem Tribunal - weil ihr Vertrag nicht verlängert wurde - an ihrem Erfolg, denn einige der schlimmsten Verbrecher konnten sich bis dahin noch der Verhaftung entziehen Karadžić und Mladić. Ihrem Nachfolger gelang 2008 die Festnahme von Karadžić, jahrelang von del Ponte und ihrem Team vorbereitet.

Aus dem Ruanda-Tribunal wurde sie übrigens abgezogen, starke Kräfte wandten sich gegen ihren kompromisslosen Einsatz. Sie beklagt in der Folge Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates, die das Ruanda-Tribunal behindert haben, doch sie stellt fest, dass am Ende dennoch „für die Opfer des Völkermords Bahnbrechendes geleistet“ worden sei. Weltweit von Bedeutung ist z.B. das aufgrund der von Hutu begangenen Vergewaltigungen gefällte Präzedenzsurteil, Vergewaltigung als Kriegswaffe, Folter, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Mittel der Verfolgung und Instrument des Völkermords“ zu benennen.

„Ich habe keine Angst, ich mache meine Arbeit“, diese Haltung vermittelt das Buch vorbildlich und nachahmenswert.

Anita Heiliger

Termine

Frauenkultur-Arbeit

Bundesweite Konferenz der auf dem Gebiet der Frauenkultur-Arbeit tätigen Häuser und Initiativen

Termin: 8.-10.5.09.

Ort: Leipzig

Der Frauenkultur e.V. Leipzig, seit 18 Jahren soziokulturelles Zentrum zur Förderung weiblicher Kunst und Kultur, veranstaltet eine bundesweite Konferenz der Häuser und Initiativen, die auf dem Gebiet der „Frauenkultur-Arbeit“ tätig sind. Im Focus dieser Konferenz steht das nach wie vor gesellschaftlich relevante Thema „Chancengleichheit in der Kunst“. In der Kultur in diesem Land sind viele Frauen tätig. Es scheint, als wäre die Kultur-Wirtschaft entsprechend der Mehrheitsbevölkerung weiblich dominiert.

Die differenzierte Betrachtung zeigt aber, dass es in der Hochkultur genauso wenige

Dirigentinnen oder Intendantinnen wie Frauen im Aufsichtsrat von BMW oder im Geschäftsvorstand von Bayern München gibt. Bei einer prozentual ausgewogenen Bewerbung von Frauen und Männern werden bei Preisvergaben in der Bildenden Kunst oder bei Literatur-Stipendien Bewerber deutlich bevorzugt. In der Nachwuchsförderung von Bands bzw. Nachwuchs-Bandwettbewerben zeigt sich, dass sich unverändert bedeutend mehr Jungen als Mädchen bewerben. Dieser Sachverhalt spiegelt auch die gesellschaftliche Wichtigkeit der Arbeit von „frauenkulturellen“ Zentren, Projekten und Initiativen wider.

Die Kern-Frage nach dem gesellschaftlichen Bedarf dieser Arbeit wird von außen immer wieder gestellt und wir müssen uns selbst - unabhängig von den strukturellen Verschiedenheiten, Entwicklungsgeschichten und inhaltlichen Hauptausrichtungen der Häuser und Projekte - intern dieser Frage immer wieder stellen.

Frauenkultur Leipzig, 04277 Leipzig, Windscheidstraße 51, www.frauenkultur-leipzig.de, hallo@frauenkultur-leipzig.de, Fon & Fax: 0341 - 21 300 30

35. Feministischer Juristinnentag

Termin: 8.-10.5.09

Ort: Wannseeforum Berlin

Freitag, 8.Mai abends:

Eröffnungsvortrag:

- 60 Jahre Grundgesetz: Differenz – Gleichheit – Diversity
- Vorab Veranstaltung für Neueinsteigerinnen: Geschichte feministischer Rechtstheorie

Samstag, 9. Mai, 9.30 – 11 Uhr

Arbeitsgruppen zu den Themen:

- Entgeltgleichheit in Tarifverträgen,
- Körpennormen – normierte Körper,
- Ergebnisse der repräsentativen Gewaltstudie des BMFSFJ,
- Nebenklage: Opferschutz versus Verteidigungsrechte?
- Aktuelle Entwicklungen im deutschen und EU-Antidiskriminierungsrecht,
- Jung, weiblich, alleinerziehend – Vom erfolglosen Suchen nach SGB-II-Förderung,
- Ravensbrück - Weiblichkeitskonstruktionen in der NS-Verfolgung "asozialer" Frauen,

- Strategische Prozessführung als Instrument der Rechtspolitik für Frauen – Voraussetzungen, Akteurinnen, Strategien
 - Frauenhausfinanzierung – Forderungen an die Gesetzgeber
 - Diskurse über Genitalbeschneidung im Kontext der critical white theory
 - Staatliche Eingriffe in familiäre Beziehungen: Vaterschaftsanfechtung und Lebensunterhaltssicherung im Aufenthaltsrecht
 - EU-Richtlinien zu Mutterschutz und Elternurlaub
 - UN Charta und ihre Auswirkungen auf das deutsche Recht
 - Zum Bezug zwischen feministischer und materialistischer Rechtstheorie
- 14.00-16.30 Uhr, Foren zu den Themen:
- Die aktuellen Familienrechtsreformen – Wirkungen und Wechselwirkungen
 - Im Dilemma der Gerechtigkeit: Was bringt der Nationale Integrationsplan für Frauen?
 - PID / PND / Insemination – Selbstbestimmte Schwangerschaft in Zeiten der Gen- und Reproduktionsmedizin
 - Training: Vielfalt und Diskriminierung in unserem Alltag. Sensibilisierungsübungen und für Handlungsansätze im Diskriminierungsfall

Veranstaltungsort: wannseeFORUM Berlin,

Wannseeheim für Jugendarbeit e.V.

Hohenzollernstraße 14, 14109 Berlin

Telefon: 030 / 806 80 - 0

Telefax: 030 / 806 80 88

Kontakt: Rechtsanwältin Alexandra Goy

Bayerischer Platz 7, 10799 Berlin, Telefax:

030 / 854 9424

E-Mail: fitorga2009@yahoo.de

Strafanzeige ja oder nein

Fortbildung zu Möglichkeiten und Grenzen von rechtlichen Interventionen bei sexualisierter Gewalt

Termin: Montag, 18. Mai 2009 von 9.30 bis 16.30 Uhr

Ort: Fachberatungsstelle Violetta (Zoo-viertel), Hannover

Bei der Aufdeckung von sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen stellt sich den Beteiligten sehr schnell die Frage nach einer Strafanzeige.

Gleichzeitig ist sie aber auch mit vielen Unsicherheiten und Fragen bezüglich des

Ablauf eines Strafverfahrens, den rechtlichen Möglichkeiten des Opferschutzes und die Frage nach den Be- und Entlastungsfaktoren für die Betroffenen verbunden. Die Entscheidung ob eine Strafanzeige erstattet werden soll oder nicht, hängt von vielen Faktoren ab. Wir wollen mehr Klarheit über Handlungsspielräume vermitteln, sowie über Möglichkeiten und Grenzen des Opferschutzes informieren.

Inhalte: Informationen über Strafrecht und Strafprozessrecht, Verfahrensabläufe, Aspekte des Zivilrechts (Kinderschutzmaßnahmen), Psychosoziale Unterstützungsmöglichkeiten, Arbeitsweisen und Inhalte der Prozessbegleitung

Ziele: Vermittlung von rechtlichen Grundlagen zur Intervention bei sexueller Gewalt, sowie Vermittlung von opferstützenden Maßnahmen am Beispiel der Prozessbegleitung

Zielgruppe: Soziale Fachkräfte aus dem Bereich Jugendhilfe und Schule, Psychosoziale Fachkräfte aus Beratungsstellen, Polizei und Interessierte, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten

Referentinnen: Elif Gencay-Drews, Anwältin und erfahrene Nebenklagevertretung, Andrea Behrmann, Mitarbeiterin von Violetta, zertifizierte Prozessbegleiterin

Kontakt: andreabehrmann@violetta-hannover.de

Anmeldung: Bis 8. Mai 2009 unter Telefon: 0511 855554, Fax: 0511 855594

Frauenarmut konkret

Erfahrungsberichte und Forderungen von Projekten in München, die mit armen Frauen arbeiten.

Termin: am 21.04.09 um 19.00 Uhr

Ort: Kofra, Baaderstr. 30

Nach der Auseinandersetzung mit Erscheinungsweisen und Ursachen von Frauenarmut in 2008 mit Gästinnen aus Österreich, der Schweiz, Berlin und Bonn, möchten wir dieses mal die konkrete Situation von Frauen in München in den Mittelpunkt stellen. Zahlreiche Anlaufstellen werden täglich mit der Armut konfrontiert, die weder in der Öffentlichkeit noch in der Statistik sichtbar ist.

Aus den Berichten sollen Schlussfolgerungen für die städtische Politik gezogen werden.

Angefragt sind Vertreterinnen

- des Frauenobdach Karla 51,
- des Verbands Alleinerziehender Mütter und Väter,
- vom Autonomen Frauenhaus,
- von „Einspruch e.V.“ und
- vom Kofra

Eingeladen sind auch Stadträtinnen der versch. Parteien, um Forderungen und Schlussfolgerungen gemeinsam zu diskutieren.

Kofra-Zeitschrift für Feminismus und Arbeit, Ausgaben ab 1991:

54/91 Rückschlag oder Zunder für die Frauenbewegung. Zur Vereinigung Deutschlands aus der Sicht der autonomen Frauenbewegung. 55/91 Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. 56/92 Glück in Frauenprojekten? 57/92 Zur Akzeptanz der lesbischen Lebensweise. 58/92 Gewalt hat ein Geschlecht. 59/92 Beiträge zu Rechtsradikalismus und Rassismus, 60/92 Lesben und heterosexuelle Frauen - Was uns trennt und was uns verbinden könnte, 61/92 Entpolitisierung durch Identitätspolitik? 62/93 Sexueller Missbrauch von Kindern - Kinderschutz oder Täterschutz? . 63/93 Frauenhandel - Heiratshandel - Prostitutionstourismus, 64/93 Gynäkologie unter feministischen Aspekten, 65/93 Erzwungenes gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung: Rückschritt zu patriarchaler Bestimmungsmacht über Frauen und Kinder?, 66/93 Frauenstreik, 67/94 Zur Kopftuchdiskussion, 68/94 Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechtsextreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und antirassistisches Potential feministischer Mädchenarbeit, . 69/94 Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben, 70/94 Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?, 71/95 Zehn Jahre 6. Jugendbericht: Was hat sich für Mädchen verändert? 72/95 Die verhinderte Frau. Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen mit Körper-Behinderungen. 73/95 Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, 74/95 Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, 75/95 Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. Nr. 76/95 Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, 77/96 "Männer kriegt den Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. 78/ 96 13 Jahre autonome Projektarbeit. 79/96 Eigenständige berufliche Existenz. 80/96 Die patriarchale Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. 81/96 Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. 82/97 Kindesmisshandlungen im Internet / Männergewalt macht keine Männer. 83/84/97 Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, 85/86/98 Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Körper- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, 87/98 Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport. 88/99 Männer gegen Männergewalt. Auf der Suche nach einer profeministischen Männerbewegung, 89/99 Gewalt gegen Frauen im Krieg, 90/99 Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse

der Münchner Kampagne, 91/00 Zur Therapie von Sexualstraftätern, 92/00 Frauen und Militär, 93/00 Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit, 94/01 Täterstrategien bei sexuellem Missbrauch und Ansätze der Prävention, . 95/01 Feministisches Handeln gegen Gewalt, 96/02 Jungenarbeit als Männlichkeitskritik, 97/02 Mädchen im öffentlichen (Frei-)Raum – aktiv und kreativ, 98/02 Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“, 99/02 Gender Mainstreaming: Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauenpolitik? 100/02 Chancen und Grenzen von Opfer- und Täterprävention, 101/03 Handeln gegen alltägliche Gewalt gegen Frauen in der Schule, . 102/03 Anzeigepflicht bei sexuellem Missbrauch? 103/03 Zu den Folgen der Globalisierung für Frauen, 104/03 Von Mobbing und anderen Ausschlussstrukturen in feministischen Kontexten, 105/03 Gewaltprävention und Männlichkeit in der Schule, 106/03 Autonome Frauenräume. Reflexionen zu zwanzig Jahren Kofra, 107/04 Transgender und Feminismus, 108/04 Zur Kopftuchdiskussion, 109/04 Krieg und Geschlechterverhältnisse, 110/04 Widerstand für Frauenrechte und Frauenwürde, 111/04 Hartz IV und die Auswirkungen auf Frauen, 112/05 Menschenrechte – Frauenrechte, .113/05 Die Rückkehr des Dienstmädchens, 114/05 Quotierung ist verfassungsgemäß, 115/05 Altersbilder von Lesben, 116/05 Alternativen zur Globalisierung. 117/06 Femicidio. Frauenmorde in Mexiko, 118/06 Auswirkungen von sexueller Gewalt auf die Arbeitssituation von Frauen, 119/06 Gewalttätige Mädchen. Mythos und Realität, 120/06 In Nomine Patris. Die Interessen der Vaterrechtsbewegung, 121/07 Krise der sozialen Systeme, 122/07 Migration. Männlichkeit und Frauen(ver-)achtung, 123/07 Frauen als Retterinnen in der Nazizeit, 124/07 Gewalt in der Lebensgeschichte alter Frauen, 125/08: Sorge- und Umgangsrecht – weitere Verschlechterungen für Frauen und Kinder, 126/08: Grenzen setzen gegen Gewaltstrukturen, 127/08 Zeit und Zukunft des Feminismus, 128/09 Feministische Unterrichtsprinzipien, 129/09 25 Jahre Kofra, ein viertel Jahrhundert feministische Frauenprojektarbeit.

Kofra